

Bezugspreis:

Für den Monat März 1923 ... Ausgabe A Nr. 51

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 2. März 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Der Henker geht um!

Todesandrohung gegen Arbeitsverweigerung.

Nach den Mitteilungen über die Verordnung 147 der Rheinlandkommission ...

Ein solcher Pressionsversuch würde sein Ziel nicht erreichen, sondern nur diejenigen, die ihn verüben, im Urteil aller redlich denkenden Menschen als gemeine Mörder erscheinen lassen.

Wir haben schon zuviel Schändlichkeiten erlebt, als daß wir uns von einem Rufe an die zivilisierte Welt eine unmittelbare Wirkung versprechen könnten.

Wie die deutsche Arbeiterschaft über den Versuch der Rheinlandkommission denkt, im Gebiet ihrer angemachten Hobeit die Arbeitsfreudigkeit durch Erschießerlasse zu heben, braucht nicht erst gesagt zu werden.

W.B. meldet:

Die Rheinlandkommission hat eine neue Verordnung, die die Nummer 147 trägt, erlassen, die in drakonischer Strenge und Grausamkeit alles bisher von ihr bisher auf diesem Gebiete Gelassene in den Schatten stellt.

Eine weitere Verordnung gibt den Militärbehörden das Recht zu bestimmen, daß alle von den interalliierten Militärgerichten im Rheinland verhängten Freiheitsstrafen von über 5 Jahren nicht in Deutschland, sondern in Gefängnissen des Heimatlandes des betreffenden Militärgerichts zu verbüßen sind.

Eine Warnung der Reichsregierung.

W.B. meldet: Wie wir hören, hat die Reichsregierung die an dem Ruhrbruch nichtbeteiligten fremden Regierungen auf den Ernst der Lage aufmerksam gemacht, die durch die immer brutaler werdende Vergewaltigung der Bevölkerung des Ruhrgebietes, die ständigen Mißhandlungen, die täglichen Fälle von Plünderung und Straßenraub, die Ausweisung und Entfremdung von Beamten und die systematische Drangsalierung ganzer Städte geschaffen worden ist.

halten, um der Welt ein zusammenfassendes Bild von dem französischen Vorgehen zu geben und erneut auf die Unerträglichkeit und Gefährlichkeit der dadurch hervorgerufenen Zustände hinzuweisen.

Eine Kundgebung der Stadt Bochum.

Bochum, 1. März. (Eigener Drahtbericht.) Die städtischen Körperschaften, sämtliche Gewerkschaften und der Arbeitgeberverband erlassen folgende Kundgebung:

Am 20. Februar d. J. wurden im Bochum 14 Schüler der Oberschule, weil einige von ihnen zwei Spittel angezeigt hatten, verhaftet und so sehr mißhandelt, daß sie zum Teil schwer verletzt wurden.

Im Warenhaus Alsborg und in mehreren Kaufhäusern wurden Waren für viele Millionen gewaltsam entnommen. Abends um 8 Uhr wurde die Innenstadt für den Verkehr gesperrt und etwa 60 Bürger verhaftet und eingesperrt.

Am 23. nachmittags wurde das Rathaus umzingelt und aus der Tagung der Stadtverordnetenversammlung der Magistrat und 18 Stadtverordnete verhaftet. Stadtrat Stumpf, die Stadtverordneten Geheimrat Dr. Behrmann, Diplomingenieur Weich und Rektor Gierke wurden ausgewiesen, die übrigen Herren wieder entlassen und ihnen mitgeteilt, daß sie die erste Verwarnung gewesen für nicht ausgeführte Requisitionen und wegen Tagung des Stadtverordnetenkollegiums ohne Anmeldung.

In der Nacht vom 23. zum 24. Februar wurde die Bochumer Handelskammer vollständig ausgeraubt und was nicht entfernt wurde, mit schweren Schmiedehämmern und mit Beilen zerstört, so daß nur noch die kalten Wände vorhanden sind.

Da die französischen Nachhaber die Annahme von Protesten verweigern oder sie dem Papierkorb überliefern, protestieren wir hiermit feierlich vor aller Welt gegen die Greuel und Gewalttaten, die an unserer friedlichen Bevölkerung begangen werden und laden Zeugen von auswärts ein, sich in Bochum an Ort und Stelle von diesen französischen Taten zu überzeugen.

Von der deutschen Regierung aber verlangen wir, daß sie für die der Stadt Bochum und ihren Bürgern angetane Gewalt volle Genugtuung von der französischen Regierung fordert.

- Der Magistrat: gez.: Graaf, Diefenbach. Die Stadtverordnetenversammlung: gez.: Justizrat Diekamp. Im Namen sämtlicher freien Gewerkschaften: Für den ADGB: gez.: Schumann, für den IFA-Bund: gez.: Schöneberg. Im Namen des Deutschen Gewerkschaftsbundes: gez.: Engel, Breuß. Im Namen des Gewerkschaftsrings deutscher Arbeiter, Angestellten und Beamten: gez.: Geil, Detmann, Wies. Im Namen sämtlicher vereinigten Beamtengewerkschaften: gez.: Ebert, Als, Weide. Im Namen der Arbeitgeberverbände: gez.: Dr. Stamm.

Bochum, 1. März. (W.B.) Den Bochumer Behörden ist von den Franzosen mitgeteilt worden, daß sie die Aufstellung einer Gemeindepolizei für Bochum und Herne in einer Stärke von insgesamt 350 Mann gestatten würden. Das Angebot ist abgelehnt worden. Die ohnehin sehr scharfen Verkehrsbestimmungen für die Bochumer Altstadt sind noch verschärft worden. Der Verkehr, der bisher von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens verboten war, ist jetzt von 7 Uhr abends bis 7 Uhr morgens untersagt.

Verschärfte Lage in Bochum.

Bochum, 1. März. (W.B.) In den Bestimmungen über den verschärften Belagerungszustand in Bochum ist seit heute eine neue Verschärfung eingetreten, insofern, als die Stunde des Geschäftschlusses und des Inkrafttretens der Verkehrsperre auf 4 Uhr nachmittags festgesetzt wurde. Gestern abend sind zahlreiche Zivilpersonen, die angeblich die französische Verkehrsperrenverordnung hinsichtlich der Zeit überschritten haben, verhaftet und in der rohesten Weise unter den Augen französischer Offiziere mißhandelt worden. Von den gestern festgenommenen Polizeibeamten sind heute nachmittags 90 in Offen ausgeführt worden. Mit den wenigen nicht verhafteten Polizeibeamten wird ein notdürftiger Polizeidienst aufrechtzuhalten versucht. Aus Lünen werden Ausschreitungen neu eingetrossener französischer Truppen gegen die Bevölkerung gemeldet.

In Stockum wurde am 27. Februar ein französischer Soldat aus hier unbekanntem Gründen auf dem Schulhofe standrechtlich erschossen.

Kapitulation?

Von Rudolf Breitscheid.

Auf der oberbayerischen Kreisversammlung der Bayerischen Volkspartei hat Geheimrat Held einige sehr interessante Andeutungen darüber gemacht, was Bayern tun werde, wenn sich im Reich eine „linksgerichtete Regierung im Sinne der sozialistischen Kreise“ bilde. Das werde, so führte er aus, zwar nicht das Ende des Reiches bedeuten, aber Süddeutschland müsse dann die Basis für ein neues Deutschland bilden.

Wenn Worte einen Sinn haben, so kann es nur der sein, daß Bayern in dem angegebenen Fall die Führung des Reiches übernehmen soll. Wie das im einzelnen geschehen kann, und welche staatsrechtlichen und politischen Folgen sich an eine solche Machtverschiebung knüpfen würden, bleibt einstweilen ungesagt, und der Phantasie ist in der Beziehung aller Spielraum gelassen, aber wir wissen doch wenigstens im allgemeinen, wessen wir uns von der Seite der Freunde des Herrn Held zu versehen haben.

Wichtiger indessen für den Augenblick sind die Gründe, die den Führer der Bayerischen Volkspartei zu seiner Warnung veranlassen. Er rühmt die Festigkeit, die das Kabinett Cuno in dem Ruhrkonflikt an den Tag lege. Ein Teil der sozialdemokratischen Führer sei schon jetzt wieder an der Arbeit der Flaumacherei, doch die Regierung werde nicht dulden, daß Deutschland zum zweitenmal durch die Schuld der sozialdemokratischen Führer zur Kapitulation gebracht werde. „Wenn im Norden Deutschlands sich die Dinge so entwickeln sollten, daß der bürgerlichen Regierung Cunos das Verbleiben unmöglich gemacht würde, wenn an die Stelle des jetzigen Kabinetts ein Kabinett nach den Wünschen des Herrn Breitscheid treten sollte, dann käme ein entscheidender Augenblick für die bayerische Politik.“

Da ich persönlich genannt werde, darf ich wohl zunächst auch persönlich antworten. Herr Held würde mich zu Dank verpflichten, wenn er mir sagte, wann und wo ich den Wunsch ausgesprochen habe, daß ein anderes Kabinett als das Kabinett Cuno den Ruhrkonflikt zu Ende führen solle. Aber er wird nicht in der Lage sein, meine Bitte zu erfüllen, denn ich habe im Gegenteil bei jeder sich bietenden Gelegenheit betont, daß ich es für durchaus falsch halten würde, irgend etwas gegen die gegenwärtige Regierung zu unternehmen. Nichts sei verfehlter, als zu glauben, daß ein anderes Ministerium größere Aussichten habe, Deutschland aus der schwierigen Lage, in die es durch den Einfall der Franzosen geraten ist, zu befreien.

Und hier wußte und weiß ich mich eins mit der gesamten Sozialdemokratischen Partei. Es gibt in ihr kein irgendwie an verantwortlicher Stelle stehendes Mitglied, das einer Ministerstürze das Wort redete oder gar eine sozialistisch orientierte Regierung forderte. Selbst wenn wir einen solchen Wechsel aus sachlichen Gründen für geboten erachteten, würden wir uns wohl hüten, denen einen Vorwand zu geben, die nur auf die Gelegenheit warten, uns für einen Mißerfolg der Abwehraktion verantwortlich zu machen. Aber Herr Held spricht von Kapitulationsabsichten der sozialdemokratischen Führer. Eine neue Frage an seine Adresse: Wo und wann haben sozialdemokratische Führer zur Kapitulation, zur Unterwerfung unter den Willen Frankreichs aufgerufen? Wo und wann haben sie verlangt, daß die weiße Fahne aufgezo-gen werde?

Es muß ihm so gut wie aller Welt bekannt sein, daß wir den passiven Widerstand an der Ruhr in jeder Weise und mit allen Kräften unterstützen und gar nicht anders handeln können, weil wir uns sonst in Widerspruch zu unseren eigenen Genossen, den Ruhrproletariern, setzen würden, die doch die Träger dieses Widerstandes sind. Es muß Herrn Held weiter bekannt sein, daß wir immer und immer wieder den Standpunkt vertreten haben, Deutschland könne kein Angebot nach Paris richten, weil das in Frankreich als Zeichen der Schwäche und als Unterwerfungswille ausgelegt werden würde. Wo ist da die Kapitulation?

Vor zweierlei haben wir freilich gewarnt. Einmal vor jedem Versuch, den passiven Widerstand zu einem aktiven, bewaffneten werden zu lassen, und zweitens vor der Verbreitung des Glaubens, als habe die Regierung die Pflicht oder das Recht, sich etwa bietende Verhandlungs- und Verständigungsmöglichkeiten unbeachtet zu lassen. Wir verstehen und teilen den Zorn über die völkerrechtswidrigen und brutalen Handlungen der Franzosen, aber wir sind trotzdem oder eben deswegen derselben Meinung wie der Reichspräsident, der kürzlich in Baden ausgeführt hat, es müsse nach jeder Gelegenheit ausgespielt werden, um den Leiden des deutschen Volkes schnell ein Ende zu bereiten. Wir stimmen ferner mit Herrn Bücher, dem Geschäftsführer des Reichsverbandes der deutschen Industrie, überein, der in Frankfurt nachdrücklich von der Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Verständigung mit Frankreich sprach. Wenn unsere Auffassung als hochverräterische Kapitulationsneigung ausgegeben wird, dann befinden wir uns also in guter Gesellschaft. Wir glauben, daß ruhig überlegende Menschen ohne Unterschied der Klasse und der Partei überhaupt nicht anders urteilen können, und wir möchten nur gern wissen, ob Herr Held auch außerhalb von phrasenfälligen Versammlungen eine Beendigung des Kampfes für möglich hält. Will er das deutsche Volk mit Ehren unter-

gehen lassen oder glaubt er, Frankreich einen Diktatfrieden aufzuzwingen zu können? Im Weltkrieg gab es ja auch Leute, die von Verhandlungen nichts hören wollten, und Herr v. Kühlmann mußte seinen Abschied nehmen, als er im Sommer 1918 davon sprach, daß schließlich nicht die Waffen allein entscheiden würden. Will man wirklich nie aus der Geschichte lernen?

Es scheint nicht, denn sonst könnte der Führer der Bayerischen Volkspartei nicht davon reden, daß Deutschland zum zweiten Male durch die Schuld der sozialdemokratischen Führer zur Kapitulation gebracht werden solle. Er hält also an der Legende fest, daß die deutsche Niederlage von 1918 auf den „Dolchstoß“ der Sozialdemokratie zurückzuführen sei. Da ist natürlich jede Diskussion von vornherein aussichtslos, und wir können nur aus dem Eifer, mit dem man jetzt die sozialdemokratischen Absichten zu verdrehen sucht, auf den Wert des Urteils schließen, das von nationallistischer Seite über die sozialdemokratische Politik in den Jahren 1918 und 1919 gefällt wird. Gleichzeitig aber wird der Verdacht erweckt, daß gewisse Kreise geradezu auf einen sozialdemokratischen „Dolchstoß“ warten, der sie aus innen- und außenpolitischen Verlegenheiten befreien würde. Wir sind sicher, daß sie eine Enttäuschung erleben werden.

Sozialdemokratie und Abwehrkampf.

Genosse Martini, Vorstandsmitglied des Alten Deutschen Bergarbeiterverbandes, schreibt uns:

Nicht für die Kapitalisten wird der Kampf im Ruhrgebiet von den Gewerkschaften geführt, sondern im Interesse der Arbeitnehmer, für den Bestand der deutschen und auch der internationalen Arbeiterbewegung. Militarismus und Imperialismus sind die Todfeinde des Proletariats. Wo der Kampf gegen sie geführt wird, gehören die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei in die vordersten Reihen, sind alle Kräfte zu konzentrieren. Werden wir erst mit dem französisch-belgischen Militarismus fertig, dann wird es um so leichter möglich sein, die Auseinandersetzungen mit dem deutschen Kapitalismus zu führen. Gleichzeitig aber nach zwei Fronten einen Kampf auszufechten, ist unmöglich. Diejenigen, die immer darauf hinweisen, daß auch im gegenwärtigen Augenblick der Kampf gegen das deutsche Kapital unumhürrt geführt werden soll, erweisen der Sache des Proletariats einen schlechten Dienst. Sie zersplittern die Kräfte, die dringend notwendig gebraucht werden, um die schlimmste Gefahr von der Arbeiterschaft abzuwenden. Darüber sollte doch endlich Klarheit herrschen, daß die Verwirklichung der Pläne Poincarés den wirtschaftlichen und politischen Zerfall Deutschlands und damit den Zerfall der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der deutschen Arbeiterschaft bedeutet.

Der Kampf muß fortgesetzt werden, bis Frankreich zu der Einsicht kommt, daß mit Gewaltmaßnahmen keine wirtschaftlichen Differenzen geregelt werden können, daß das nur möglich ist, wenn man sich an den Tisch setzt und verhandelt. Dabei ist es ganz selbstverständlich, daß Deutschland bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit die Folgen des verlorenen Krieges auf sich nimmt. Dieses Ziel wird aber nicht dadurch erreicht, daß täglich nach Verhandlungen gerufen wird, wie es leider in einem Teil der Parteipresse geschieht. Dadurch wird unsere Lage nur erschwert, zumal in den eigenen Reihen Verwirrung hervorgerufen wird. Auf deutscher Seite ist die Verhandlungsbereitschaft vorhanden, auch bei der Regierung. Ein Hindernis hierzu bildet die französische Regierung. Der Ruf nach Verhandlungen müßte sich demnach an Herrn Poincaré richten.

Die Arbeiterschaft an der Ruhr lehnt jeden gewaltsamen Kampf ab und wird sich auch zu wehren wissen, wenn von irgendeiner Seite hierzu ein Versuch gemacht werden sollte. Wir sind aber auch entschlossen, den passiven Widerstand so lange fortzusetzen, bis eine Verhandlungsmöglichkeit erreicht ist.

Unter Tränen lächelnd.

Konzertumskizze von Kurt Singer.

Während ein herrlicher Frieden nach dem anderen in unserem Vaterland barbarischer Willkür ausgesetzt ist, während Stunde für Stunde neue Gewalt auf die Wehrlosigkeit hegt, während der Abend unserer Schmerzen und unserer Sorgen hören, machen, dulden wir Musik. Aber auch drüben bei den Franzosen gibt es ja Menschen von Bildung und Geschmack. Gibt es keinen Vertreter des feindlichen Auslandes in Berlin, der unserer Kunst lauscht? Unter den vielen lautend Menschen, die in ergriffener Ruhe der *Missa solenne* lauschen, sind vielleicht hunderte, die sich eine Fahrt in weiswähr-rheinische Heimat, einen Trunk Milch oder Wein (Grub dir, mein Königswinter!) verjagen, um ein musikalisches Weltwunder zu belauschen. Friede, Sehnsucht nach besseren Tagen gestirbt durch den Saal. Wer von diesen, die da hieher sitzen, gehört zu den Verworfenen, die ein Feind zermürben will? Wer? Tränen im Auge, Schauer im Herzen, Ehrfurcht und Glaube und Väterung in Musik — das verdrängt sich nicht mit dem Willen zum Kampf. Wird bald der Qual, der Unfreiheit und des Unfriedens Ende sein? Beethoven ruft zwar mit häßlicher Stimme sein dreimaliges „Non“ er entläßt uns mit der Ahnung, nicht mit der Gewißheit des ewigen Friedens. Aber die Menschen, die er ruft und an sich zieht, sind für die Schlichtigkeit und Wirnis der Welt nicht mehr schlecht, nicht nicht wert genug. Ein Friedenswort — nehmt Klang und Rührung und Gewalt, nehmt Erbeben und Hingabe nur in allem. Zur rechten Stunde befehlt uns die Singakademie das titanische Werk wieder. Wir kennen es in der Auffassung Georg Schumanns, die frei ist von Troch und Reiz, von Ansturm und Gewalt, die an Inbrunst und Zartheit, an Gelassenheit der Temperatur steigert, was ihr an Feuer und Tempo abgeht. Seit 100 Jahren zum erstenmal singt diese Chorgemeinschaft offiziell außerhalb des Kasanienwäldchens. So fehlt noch eine Gewöhnung an den großen, überhöht so glanzlos, unheimlichen Raum. Die Einheit der Sätze nicht zu führen, gönnt sich der Chor keine Pause; auch der allerbeste kann das ohne Ermüdung nicht ertragen. Aber der Geist rafft sie alle wieder aus der Schwachheit empor, bringt in ein ungleich umbrüertes Quartett Seele, und zwingt zu ununterbrochener Andacht. Weht uns, Franzosen, leben, auf daß wir Beethoven immer wieder erleben können! Auch unter Tränen wollen wir lächeln und stolz sein! — In die Reihe solcher Stunde paßt es nicht, daß sich zum Benediktus der Konzertmeister erhebt und sein berühmtes Solo „hinlegt“. Das sollte als stillwärdig und störend ein für allemal aufhören. Auch der erste Cellist der Bühharmoniker hätte keine gute Stunde, als er das rührende Solo in *B-Dur-Klavierkonzert* von Brahms an die Grenze der Sauberkeit führte. Gieseling spielte es, mit Brouwer, mit Könnersdorf, auch mit dem Willen zur eigenen Gestaltung. Aber dieses Werk läßt sich nicht biegen und drehen. Gieseling stammt als Pianist aus anderer Welt. Entweder ruft er in lärmendem Ansturm dahin, ein zerschmetterndes Pianissimo, oder kein Pianissimo; die Farbe fehlt, die ihn einst zum besten Klavierspieler französischer Impressionisten gemacht hat. Licht an Kraft und Technik, wohl aber an Freiheit des Spiels läßt ihn die junge Lubla Koleska den Rang ab. Ich wüßte sie beim ersten Auf-

Eine Erklärung von Otto Wels.

Die Pariser Presse scheint es zur Aufrechterhaltung des „Durchhaltegeistes“ bitter notwendig zu haben, ihre Leser über die eigenen Schandtaten im Ruhrgebiet, ebenso aber über die Stimmung in Deutschland falsch zu unterrichten. Am Donnerstag leistete sie sich das Vergnügen, die ersten Anzeichen einer Uneinigkeit in Deutschland festzustellen. Die Phantasio, an der es in Paris nie gefehlt hat, führt diesen Zustand auf eine „Unzufriedenheit der Bergarbeiter“ zurück, durch die der sozialdemokratische Parteivorstand sich veranlaßt gesehen habe, von der Politik der Reichsregierung abzurücken. In der Rede des Genossen Wels auf dem Berliner Bezirksparteitag sehen die Pariser Phantasten deutlich den ersten Schritt zu einer Opposition gegen die Politik der Reichsregierung.

Auf Grund dieser Darstellungen, die jeder Grundlage entbehren und die scheinbar von Herrn Poincaré abermals „besserer Informationen“ veranlaßt sind, ist der „Soz. Parlamentsdienst“ vom Genossen Wels zu folgender Feststellung ermächtigt: „In Deutschland gibt es nicht eine Partei, die den Kampf gegen den französischen Militarismus im Ruhrgebiet so entschieden geführt hat und weiter führen wird, wie die Sozialdemokratie. Die französischen Hoffnungen, daß die Sozialdemokratie die Interessen des Herrn Poincaré jemals fördern könnte, sind deshalb nicht nur falsch, sondern auch trügerisch gegenüber der Bevölkerung Frankreichs.“

Eine Stimme aus der Volkspartei.

Die volksparteiliche offizielle „Zeit“, die in einem Leitartikel die Bekanntgabe des deutschen Zahlungsplans für die Pariser Konferenz fordert, drückt Äußerungen des Abg. v. Rheinbaben ab, in denen es heißt:

Eine parlamentarische Aktion, von der Wichtigkeit, wie sie die vergangenen Debatten der englischen Parlamente bedeuten, darf in Deutschland nicht unbeantwortet bleiben. Die deutsche Antwort, enthaltend die Ziele Deutschlands, kann keine andere sein, als immer wieder auf die Bereithaltung Deutschlands hinzuweisen, einer internationalen, auf die Leistungsfähigkeit Deutschlands basierenden Regelung des Reparationsproblems zuzustimmen, dabei Frankreich gegenüber die von ihm geforderten Garantien sowohl hinsichtlich gleichberechtigter wirtschaftlicher Zusammenarbeit als auch hinsichtlich der politischen und militärischen Sicherheit zu geben. Hierfür gilt es kurze, durchschlagende klar und zusammenfassende Formeln zu finden und sie ohne Zeitverluste nach Innen und Außen zu verkünden!

Ist dies die allgemeine Auffassung der Volkspartei, dann darf man von ihr sagen, daß sie sich von den Stimmen der nationallistischen Schreier weit unterscheidet.

Kein Staatspräsident für Bayern.

München, 1. März. (WZ.) Im bayerischen Landtage haben die von der bayerischen Volkspartei und von der bayerischen Mittelpartei eingebrachten Anträge auf Verfassungsänderung nicht die notwendige Zweidrittelmehrheit erhalten und sind damit abgelehnt. Gegner der Anträge waren außer den Sozialdemokraten die Demokraten und die Bauernbündler.

„Ruhrflüchtlinge“ stürmen die „Post“.

München, 1. März. (WZ.) Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, zog heute ein Teil der hier angekommenen Ruhrflüchtlinge, die sich über die Notiz der „Münchener Post“: „Was geht vor?“ erregt hatten, vor das Verlagsgebäude der Zeitung. In der betreffenden Notiz war ausgeführt worden, daß es sich nicht um Ruhrflüchtlinge, sondern um arbeitslose und unarbeitsfähige Elemente, die durch Hakenkreuzler nach München gezogen worden seien, handelte. Die Demonstranten, unter denen sich auch Nationalsozialisten befanden, versuchten in

das Gebäude einzudringen. Die Polizei verhinderte dies jedoch und räumte den Platz vor dem Gebäude, wobei eine Anzahl Personen festgenommen wurde. Zu Zerstörungen ist es nicht gekommen.

Ständesamtliche Gebühren.

Ein Beschluß des Reichstags.

Der Reichstag hatte am Donnerstag nur eine kurze Sitzung, da der Gesetzentwurf über die wertbeständige Anleihe infolge des Widerpruchs der Kommunisten nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden konnte. Der Reichstag verweigerte zunächst in der üblichen Weise die Zustimmung zu mehreren Anträgen auf Strafverfolgung gegen Abgeordnete. Der Gesetzentwurf über die Kohlensteuer wurde dem Ausschuss überwiesen. In allen drei Beschlüssen wurde ein Gesetzentwurf angenommen, der die Sätze im Gewerbegerichts- und im Kaufmannsgerichtsverfahren an die Geldbewertung anpaßt und ebenso der Gesetzentwurf verabschiedet, der ständesamtliche Gebühren einführt. Die Entgegennahme des Antrags auf Anordnung des Aufgebots kostet 1000 M., die Eheschließung vor einem anderen Ständesbeamten als demjenigen, welcher das Aufgebot angeordnet hat, 500 M.; für Eheschließung außerhalb der Dienststätten 5000 M.; eine eidesstattliche Versicherung 500 M., jede Bescheinigung 100 M. — Gegen das vom Reichstag beschlossene Pressengesetz, das die Holzabgabe zur Verbilligung des Druckpapiers auf 2 v. H. erhöht hatte, erhob der Reichsrat Einspruch, weil ihm dieser Satz zu hoch erschien. Nach neuen Ausführenden Verhandlungen wurde ohne Debatte beschlossen, die Holzabgabe auf 1½ v. H. festzusetzen. Gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei wurde eine Entschließung angenommen, die die Reichsregierung ersucht, baldmöglichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, in welchem die Holzabgabe zur Verbilligung des Druckpapiers auf 2 v. H. erhöht wird und 5 v. H. von dieser Abgabe den Ländern zur Verbilligung von Schulbüchern überwiesen werden sollen. Der Haushalt des Reichsverkehrsministeriums (Abteilung für Wasserstraßen und für Luft- und Kraftfahrwesen) wurde ohne Debatte angenommen. Nächste Sitzung: Freitag 2 Uhr.

Ministerbeleidigung = 6 Strafenbahnfahrten

Der aus dem Osten eingewanderte verantwortliche Redakteur der „Deutschen Zeitung“, von Schilling, hatte im Dezember 1920 einen Artikel veröffentlicht unter der Überschrift „Der Schlüssel zu dem Millionenvertrag des Herrn Kahn“. Ein Panama der Sozialdemokratie. Darin wurde dem Kabinett Bauer vorgeworfen, daß es die Abmachungen der „Deutschen Werte“ mit Kahn, die seinerzeit zu Ständesamtlichen ausgeführt wurden, in aller Heimlichkeit habe rechtskräftig werden lassen. Den beiden Reichstagsabgeordneten Wiffell und Hoch wurde der Vorwurf gemacht, daß sie in ihrer Eigenschaft als Abgeordnete den Kahnvertrag im Interesse der Sozialdemokratie zu decken sich bemüht hätten und daß sie die von dem späteren Reichsfinanzminister v. Kaumer herbeigeführte Aufdeckung hätten verhindern wollen. Die Genossen Bauer, Wiffell und Hoch hatten Strafantrag gestellt. In der ersten Verhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts I war v. Schilling zu 20000 M. Geldstrafe verurteilt worden, weil er sich einer schweren öffentlichen Beleidigung der genannten Politiker schuldig gemacht habe. Schilling selbst hatte damals erklärt, keinen Beweis dafür antreten zu wollen, daß aus dem Verdienst des Herrn Kahn irgendwelche Summen in die Parteikasse der Sozialdemokratie geflossen seien. Gegen das Urteil wurde von dem Beurteilten Revision eingelegt, mit dem Erfolg, daß das Reichsgericht die Revision, soweit das Strafmaß in Betracht kam, für begründet erklärte und den Fall zur nochmaligen Verhandlung an das Landgericht zurückverwies. In der jetzigen erneuten Verhandlung ergab sich nun der dem Angeklagten günstige Umstand, daß nach der Strafprozessordnung eine Freiheitsstrafe nicht mehr in Betracht kam und daß hinsichtlich der Geldstrafe nur auf die frühere Höchststrafe von 1500 M. erkannt werden konnte.

Die schamlose Verächtlichmachung der sozialdemokratischen Minister und Abgeordneten wird also mit 1500 Papiermark, das ist der Preis für 6 Strafenbahnfahrten oder drei leidlichen Jiggarten „geföhnt“!

treten eine kleine Coronna. Die Zukunft wird zeigen, ob das Maß zu groß ist. Aber eine reine, reife Begabung steht vor uns, meißert die *G-Dur-Variationen* von Mozart mit vollendeter Anmut, poart im Chopin-Spiel Berme mit Zartheit und beweist in jeder Note musikalischen Geschmack. Ihre Kollegin Rosli Frankl ist nicht weniger begabt; an großen Aufgaben hat sie sich mit ihren jungen Jahren schon glänzend bewährt. Im harten Nebeneinander von Bach und Mozart werden nicht genug Differenzen der Spielart und Auffassung lebendig. Doch siegen feineres Technik und natürliche Art, Hingabe und Weichheit des Anschlages schnell größere Bedenken für ihre Zukunft hinweg. Witow Schioler zog ohne sein Verschulden das Interesse eines Sonatenspiels ganz auf sein sicheres, schwingvolles, gefangreiches Klavierpiel. Sein Partner Louis Jansen kämpft noch mit Widerständen seines nicht edlen Instruments (Cello), bringt auf den tiefen Saiten nur stumpfe, kaltenlose Technik und in der Kammer noch nicht genug Herzigkeit des Tons zuwege. Sein Strich bedarf der Glättung, sein mechanisches Können ist gut, sein Erleben aber bricht sich nicht Bahn. Als Greivillius ist ein Dirigent von guten Manieren, eindringlich und scharf im Taktieren, klar im Disponieren, etwas schwerfällig in der Begleitung eines Solisten. Reblers erste Sinfonie gelang nicht schlechter als wie bei jedem anderen routinierten Kapellmeister, aber auch nicht viel besser. Hier scheint mehr die Lust am Dokumentieren guten Handwerks, als der innere Zusammenprall mit dem Geist des Werks Triebfeder gewesen zu sein. Die Schlichtheit, Ruhe und Sicherheit des Stockholmer Musikers aber nahmen für ihn ein. Der Tenor Leon Brahm ist noch ungerig, die Stimme näselnd, trompetend. Auf der Bühne verschwinden oft solche Schönheitsfehler, auf dem Podium verstimmen sie. Frischer Vortrag und ein vorwärtsstrebendes Temperament lassen Gutes erhoffen. Nicht vergessen sei das Singsongkonzert des Berliner Sängerkörpers, der unter Philipp Heids ungewöhnlich nüchternen Führung aus 150 starken Reihen Bohners Hymne, sowie Gesänge von Jüngst, Schubert, Kubla in der Garnisonkirche erklingen ließ. Unter den Arbeiter-Sängerkörnern gehört dieser hier sicher zu den geschuldesten. Es wird eine Freude sein, ihn bei seltenen Aufgaben zu hören. Wir wär's mit neuen Chören von Vendrai, mit den noch immer reichlich unbekanntem Männerchören Anton Bruckners? Von solchen Chören erwarten wir die lang ersehnte Regeneration des Repertoires!

„Jugend und Bühne“. Das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht plant für Anfang September d. J. in Berlin eine Tagung „Jugend und Bühne“. Ihr Zweck ist, nicht nur zu zeigen, wie das in überlieferter Stoffen und Formen erklärte Schüler- und Laienspiel neu belebt werden kann, sondern auch wie sich aus dem Gemeinschaftsgeist der Jugend neue, der Zeit angemessene Ziele für das Drama ergeben können. Mittel und Wege dazu sollen mit der Jugend selbst besprochen und durch Beispiele veranschaulicht werden. Daneben sollen jugendliche vorführen, was sie, unabhängig von berufsmäßigen Vorbildern aus vorhandenen oder selbst geschaffenen dramatischen Szenen zu machen verstehen. Bevorzugt werden Spiele, die aus einer Jugendgemeinschaft erwachsen oder für sie geschaffen sind. Aufgeführt werden soll mit den einfachsten Mitteln

und ohne Zuhilfenahme von Theaterkostümen und Theaterklaffen in gewöhnlichem Sinne. Darum werden auch keine Theater oder theaterähnliche Räume benutzt werden, sondern einfache Säle ohne jede besondere Bühnenanlage oder freie Plätze, für die alles Erforderliche von den jugendlichen Darstellern selbst zugerüstet werden muß. Das Zentralinstitut lädt alle jugendlichen Kreise zur Beteiligung an der beschriebenen Veranstaltung ein und bittet Vorschläge für geplante Aufführungen mit genauen Angaben, gegebenenfalls unter Beifügung des Manuskriptes, an seine Kunstabteilung, Berlin W. 35, Potsdamer Str. 120, senden zu wollen.

Siegfried v. Vegesack „Tote Stadt“. Uraufführung im Stadttheater Cottbus. Während der Berliner Theaterbetrieb sich immer mehr dem Ungeheim der Kasse aller Bühnen unterordnet, zeigt jede Reize in die sogenannte „Provinz“, wie hier an immer neuen Stellen der ernsthaften Wille entsteht, sich von dem einst so suggestiven Berliner Beispiel freizumachen, aus eigener Kraft neue Inhalte und Ausdrucksmöglichkeiten der Bühnenkunst zu suchen und im Umkreis der gegebenen Grenzen selbst ein kulturelles Zentrum zu werden. Einen neuen Beweis hierfür lieferte die Uraufführung, zu der der Direktor des Cottbuser Stadttheaters, Ernst Amundich, den Rat gebot hatte. Man gab hier zum ersten Male das erste Stück des als Dramatiker noch unerprobten Siegfried v. Vegesack, „Tote Stadt“.

Das Stück spielt im Hinterhofe und in neun Wohnungen eines modernen Großstadthauses und stellt in Bildern voll farbenstarker Kontrastwirkungen dar, wie die krankhaft beengte Lebensform, zu der die Steinköpfe, die wir Häuler nennen, zwingen, den Menschen von der Erde abdrängt, ihn die Seele flieht, ihn zwischen Gier und Verbrennen, Jote und Korruption, Verelendung und Nachsucht verkommen läßt. Die ganze Grauenhaftigkeit des Großstadt-Alltags gewinnt in eine phantastische Sphäre verlegt und symbolisch gesteigert, unheimliches Leben. Dennoch klingt das Stück in Befahrung aus, mit einem Ruf nach neuem sozialen Ethos: zwei junge Menschen unternehmen es schließlich doch, im Vertrauen auf die schlichte Macht inniger Liebe, durch allen Spud der Hinterhöfe, über Sörge hinweg, den Weg ins Freie zu suchen.

Für das Stück, das noch nicht in jeder Beziehung fertig und eigen ist, trotzdem aber die unerkennbare Prägung einer starken dramatischen Begabung trägt, setzte sich das Cottbuser Ensemble mit Begeisterung und Eifer ein. Die Regie Josef Randners war ebenso umsichtig wie temperamentvoll und brachte die schmerzhaften, aufleuchtenden Bilder zu eindringlicher Wirkung, — einer Wirkung, die sich am Sphäre in lang andauerndem Beifall fund tat. Einzelnen Zuschauern zwar mittelbar offenbar die unbedingte Ehrlichkeit, mit der das Stück nichts von dem Lebensleid des Mittelalters strahlend verschweigt; aber die Pisse, mit denen sie ihren Unmut Luft machten, vermochten den starken und reinen Eindrucks dieses Theaterabends nicht zu föhren.

Verstärker in der Aula der Halberstadt. Sie man uns mitteil, werden Richardamerter, die sich eine Platzanweisung zu dieser Feier abholen wollen, mit dem Bescheide zurückgemittelt: Die Veranstaltung ist nur für Studierende. Nach der uns zugewandenen offiziellen Mitteilung mußte man annehmen, daß sie öffentlich sei. Wir hätten sonst keine Notiz von der Sache genommen.

Reparation der Kriegssünden!

Der Landtag erledigte in seiner gestrigen Sitzung die Beratung des Haushalts der Domänenverwaltung. Nach einer eingehenden Aussprache wurden die Haushaltsanträge im wesentlichen angenommen. Danach soll eine Nachprüfung der Pachtpreise für staatliche Domänen eintreten. Pachtpreise in Naturalpacht sollen unter Umständen zur Hälfte nach den Roggenpreisen und zur Hälfte nach den Kartoffelpreisen festgesetzt werden. Die Neuverpachtungen sind in der Regel durch öffentliche Ausschreibungen vorzunehmen. Hierbei soll zunächst der bisherige Domänenpächter, wenn er geeignet ist, den Zuschlag erhalten. Ueber Schüsse aus der Domänenverwaltung sollen zunächst dem Wohnungsneubau zugeführt werden. Domänenpächter, deren Domänen zu Siedlungszwecken abgegeben werden sollen, sollen mindestens ein Jahr vorher Bescheid erhalten. Zu Siedlungszwecken verkaufte Domänen, die diesen Zwecken nicht zugeführt werden, sind an den Staat zurückzugeben. Hierzu wurde der demokratische Antrag angenommen, pachtfrei werdende Domänen in größerer Zahl für Siedlungszwecke, besonders auch für die Ansiedlung der in den Flüchtlingslagern notdürftig untergebrachten vertriebenen Ansiedler freizugeben. Ferner wurde der Antrag angenommen, kultivierungslustigen Personen Moor- und Niedland käuflich oder langfristig pachtweise zu überlassen. Angenommen wird der Teil eines deutschpolenparteilichen Antrages, der verlangt, das in den Händen der gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften befindliche Land und das durch Erwerb schlecht bewirtschafteter Güter zu beschaffende Land zur Wiederansiedlung der landwirtschaftlichen Rückwanderer zu verwenden. Damit ist die zweite Beratung des Landwirtschaftshaushalts erledigt, und das Haus geht über zur Beratung des Haushalts der

Handels- und Gewerbeverwaltung.

Der Berichterstatter Abg. Dr. Binkernil (D. Sp.) betont, der Etat sei im August/September 1922 aufgestellt und in seinen Ziffern durch die Geldentwertung überholt. Der Ausschuss lege dem Hause eine Anzahl wichtiger Entschlüsse vor, die zur Entscheidung vor, so bezüglich der Kredit- und der Geldnot, der Niedrighaltung der Holzpreise, der Bekämpfung des Wuchers; ferner bringe er auf schleunige Vorlegung des neuen Gewerbesteuerentwurfes, eol. eines Reizegesetzes und auf Verbesserung gewisser lokaler Verkehrsverbindungen.

Abg. Ostertoch (Soz.):

Man kann bei der Beratung des preussischen Handelsrats nicht daran vorbeigehen, zunächst ein Wort des Dankes für die Arbeit der Angestellten und Beamten zu sprechen, die mit jähher Ausdauer im Kampf an der Ruhr den französischen Eroberern gegenüberstehen. Wenn man diesen Kampf in seinen Einzelheiten kennt, wenn man vor allem weiß, was unsere Eisenbahnen im Ruhrgebiet ertragen müssen, dann berührt es schmerzlich, wenn gewisse nationalistische Schreiber hinter in der Gruppe vom Dolchstoß reden. (Zuruf: Einheitsfront!) Diese Front in der Abwehr wäre uns bitter notwendig. Auch die Kommunisten des Ruhrgebietes, die die Dinge übersehen, schließen sich von einer solchen Abwehrfront aller vernünftigen Leute nicht aus.

Man hört ja recht viel über die Beweggründe, die die Franzosen zur Besetzung des Ruhrgebietes veranlaßt haben sollen. Es scheint mir aber, daß die deutsche Presse und die deutsche Öffentlichkeit nicht genügend über den

wirtschaftlichen Hintergrund der französischen Aktion

unterrichtet ist. Daß Frankreich bisher keinen wirtschaftlichen Erfolg hatte, daß es keinen solchen Erfolg haben wird, das haben die letzten sechs Wochen deutlich gezeigt. Aber es sind ja nicht in erster Linie rein wirtschaftliche Ziele, die Frankreich verfolgt. Das Ziel geht über wirtschaftliche Dinge hinaus. Die Engländer sind hier etwas hehlicher als wir Deutschen. Die englische Industriepresse hat festgestellt, daß die französische Montanindustrie mit ungeheuren Verlusten abgeklungen ist. Man spricht von 260 Millionen Franz. Hier liegt der Anstoß für das französische Vorgehen. Frankreich hat ein ungeheures wirtschaftliches Erbe infolge des Kriegsausganges angetreten, aber es ist nicht imstande, dieses Erbe richtig zu verwalten. Die große französische Eisenindustrie weist keine besseren Resultate auf, als die deutsche Eisenindustrie. Das liegt der Eisenexport. Das bedeutet aber für Frankreich ein außerordentlich schlechtes Resultat, denn die deutsche Eisenindustrie ist ja durch den Kriegsausgang gewaltig getroffen worden.

Die ungeheure Elastizität der deutschen Montanwirtschaft

rief bei den Franzosen den Appetit nach dem Ruhrgebiet hervor. Sie wollen die deutsche Eisenindustrie, um ihr Defizit damit decken zu können. Sie wollen das Eisenmonopol als Privatmonopol, und die Zeche dafür hätten die deutsche Sozialpolitik und der Weltfrieden zu bezahlen. Ueber die wirtschaftliche Hegemonie zielt man die politische Hegemonie in Europa. Das alles wissen die Arbeiter an der Ruhr. Deshalb die stoische Ruhe und die Festigkeit im Widerstand. Sie wissen, daß die Lebensfähigkeit des deutschen Volkes und der deutschen Republik bedroht ist. Wir haben alle Verantwortung, diesen Willen zum Leben an der Ruhr zu stärken und zu unterstützen.

Es ist klar, daß die Franzosen schon um des Prestiges halber das Ruhrgebiet nicht lang- und langsam wieder verlassen. Wir haben es mit einem jähren Gegner zu tun, der nicht mit nationalistischen Phrasen bekämpft werden kann. Wenn sogar realistische Generale, wie z. B. General v. Zwehl u. a., uns in wichtigen Punkten

recht geben, dann kann es uns gleichgültig sein, wenn wir nur die Rarren gegen uns haben. Heute ist

die Verhandlungsbasis für uns besser denn je.

Der Militarismus ist an der Ruhr ad absurdum geführt worden. Verhandlungsbereitschaft — sowohl, Erfüllungswillen, aber auch unser Wille zum Leben muß dabei zur Geltung kommen.

Was wir befürchten und bekämpfen, das wäre, wenn die Regierung es zuließe, daß der Kampf an der Ruhr in einen Kampf um die Protekte bei der Beteiligung an dem französisch-deutschen Eisenmonopol ausmündete. Wir wollen die deutsche Wirtschaftshohheit und Lebensinteressen der deutschen Republik erhalten. Für den Augenblick scheint uns der Weg der privatrechtlichen Egoisten verrätterlich zu sein. Wir werden den französischen Kapitalisten ihre Wünsche auf Erreichung eines mitteleuropäischen Wirtschafts- und Eisenmonopols austreiben.

Das Bild der deutschen Wirtschaft ist gewiß nicht entzückend. Wir alle wissen, daß die deutschen Kohstoffquellen weniger geworden sind, daß große Umstellungen in der Industrie nötig waren, daß die Sozialpolitik eingesenkt wurde. Arbeiter, Angestellte und Beamte haben in dem schrecklichen wirtschaftlichen Gedränge der letzten Jahre die schwersten Opfer bringen müssen. Das zu illustrieren, genügt der Hinweis auf den Reallohn des deutschen Arbeiters und auf den der Arbeiter anderer Länder, die mit Deutschland auf dem Weltmarkt konkurrieren. Der Reallohn des deutschen Arbeiters gegenüber seinen Kollegen aus den anderen europäischen Industrieländern beträgt heute nur noch ein Siebtel (hört, hört!). Wenn trotz allem Deutschland einen starken Export in den letzten Jahren aufzuweisen hätte, dann hat die deutsche Arbeiterklasse dafür bluten müssen. Zusammen mit dem Arbeiter haben die kleinen Handwerker und die verfallende Kulturschicht des deutschen Mittelstandes die schwersten Opfer bringen müssen. Seit Mitte des vorigen Jahres steigende Geldentwertung und immer schlechtere Anpassung der Löhne und Gehälter an diese Entwertung. Der Lohnanteil in den Preisen der Waren ist ungeheuer gesunken. Kein Wunder, wenn infolge des Mangels an gesunder und kräftiger Nahrung

der Ausfall an Arbeitskraft immer größer

wird. Wie wollen wir vorwärts kommen? Rettung der Arbeitskraft und Rettung der Qualität. Die Frage der Berufsbildung z. B. darf nicht an irgend einer engherzigen Auffassung des Finanzministers scheitern.

Wie aber retten wir Arbeitskraft und Arbeitsqualität? Nur dadurch, daß wir den Staat dazu antreiben, den Klassenkampf, einigermassen wenigstens, zu entzünden. Greift der Staat nicht ein, ist eine Explosion unermidlich. Die Explosion aber gerichtet aus physisch und kulturell. Die Sozialdemokraten sind nicht für kommunistische Eisenbahnen, wir wollen gesellschaftliche Lösungen nach wissenschaftlichen Methoden. (Wachen bei den Kommunisten.) Das Glend unserer Wirtschaft hat seine Ursache vor allem in den Monopolen. Eisenpreise, Holzpreise und Kohlenpreise, zum Teil oft über den Weltmarktpreis hinausgehend, brechen den inneren Markt aus, um draußen mit Erfolg konkurrieren zu können. Das preussische Handelsministerium sollte keinen ganzen Einfluss aufbieten, um bei der Reichsregierung gegen die skandalöse Monopolwirtschaft mobil zu machen. Es ist ein Skandal, daß der Fiskus den Holzwucher noch unterstützt. Ungeheure Gewinne fließen in die Taschen der Herren, die zwei Drittel der preussischen Forsten in Privatbesitz haben. Eisen-, Kohlen- und Holzpreise verurteilen das Glend unserer Eisenbahn, unser Wohnungsgeld, unser Siedlungsgeld. Hier muß angegriffen werden. Gewiß sind die Reparationen zum großen Teil Schuld an unserer Geldentwertung, aber in der Preispolitik der großen Monopole, die von Reich und Staat nicht kontrolliert werden, liegt ebenfalls ein Hauptgrund der Zerrüttung unserer Finanzen. Hätte man jetzt nicht die Welt stabilisiert oder, besser gesagt, wenigstens den Anhang zur Stabilisierung gemacht, dann hätten wir jetzt nach der Ruhrbesetzung bereits den Zusammenbruch. Gut, daß ein Anfang gemacht wurde. Schade, daß er so spät gemacht wurde. Wir wären nicht so weit gekommen, wenn man zeitigen die sozialdemokratischen Vorschläge befolgt hätte. Ich bin der Ueberzeugung und fühle mich dabei auf positive Gründe, daß die Reichsbahn heute in ihrem Besitz besser dastünde als früher. Sie soll noch ausgebaut wie die Arbeiterfront an der Ruhr. Es erfüllt uns mit Innersicht, daß bisher trotz allen Glends und trotz aller Schwierigkeiten die deutsche Wirtschaft, die ja zum deutschen Arbeiter gehört, sich so elastisch gezeigt hat. Vergessen wir indessen nicht, daß es neben der Spekulation in Valuten auch eine Spekulation in fremden Effekten gegeben hat und noch gibt. Hier ist noch allerhand zu tun. Daneben muß dem Wucher hergeholfen an den Fragen gegangen werden. Wir erwarten, daß hier unsere Vorschläge vom Hause angenommen werden.

Reparation der Kriegssünden denken, Reparation der Kriegssünden im Innern, Wiederherstellung der Arbeitskraft der Massen! Als erster Anfang hierfür Wiederherstellung der Kaufkraft der Mark. Damit Festigung der Löhne, Ordnung in das Chaos der Preise, damit die Voraussetzung für den Fortschritt einer neuen, gesunderen Wirtschaft und Kultur! (Starker Beifall bei den Soz. und in der Mitte)

Nachdem dann noch der Zentrumsgesandte Haager zum Handelsrat gesprochen hatte, vertagte sich das Haus auf Freitag 12 Uhr: Weiterberatung. — Schluß gegen 6 Uhr.

Es wäre ein unverzeihlicher Fehler, sich in legendärer entscheidender Weise während der Ententezeit angelehnt der dunklen Punkte in der Weltlage zu verpflichten. (Vegtere Erklärung bezieht sich auf die von einigen franzosenfreundlichen Blättern entwickelten Pläne eines italienisch-französischen Kontinentalbündnisses unter Ausschaltung Englands, das in London unliebsames Aufsehen erregt hat. Red. d. „B.“)

Ein heikles Problem: Die Kostenfrage.

London, 1. März. (WZB.) Dem diplomatischen Berichterstatter des „Daily Telegraph“ zufolge werden auf der Sachverständigenkonferenz, die heute zur Erörterung der Verteilung der rheinischen Besatzungskosten beginnt, an der sich auch die Vereinigten Staaten beteiligen, vielleicht einige sehr schwierige Fragen aufgeworfen werden. Die Ausgaben für die amerikanischen Besatzungstruppen seien noch nicht erstattet, während die Ausgaben für die alliierten Besatzungsarmee bis zu einem Zeitpunkt, der nicht weit zurückliegt, von den Beträgen, die die Reparationskommission von Deutschland erhielt, bestritten worden sind. Es würde dem Berichterstatter zufolge von besonderem Interesse sein, wenn auf der Konferenz von französischer Seite die Frage der Extrakosten der Besetzung des Ruhrgebietes aufgeworfen werden sollte. Bonar Law habe erst vor kurzem im Unterhaus grundsätzlich betont, daß die Kosten einer Sonderektion, wie es die französische Besetzung des Ruhrgebietes sei, nicht aus der gemeinsamen Kasse der Reparationskommission bezahlt werden könnten, und daß jeder Vorschlag in diesem Sinne sorgfältig erwogen werden müsse.

Schonende Vorbereitung auf neue Opfer.

Paris, 1. März. (WZB.) In einem Leitartikel weist heute das „Journal des Debats“ darauf hin, daß, wenn sich der deutsche Widerstand verlängert, im Ruhrgebiet eine Verstärkung der Militärstreitkräfte notwendig werden könnte. Es werde dann unter Umständen notwendig sein, die Jahrestaxen, die demnächst entlassen werden solle, unter Waffen zu halten. Die öffentliche Meinung werde diese Maßnahme natürlich finden. Wenn das Land in einen so wichtigen Konflikt verwickelt sei, so müsse man

auch die Opfer bringen, die der Sieg erfordere. Schonend weist das Blatt alsdann darauf hin, daß es nützlich sein könnte, sich der Kolonialtruppen zu bedienen. Wenn es auch nützlich sei, daß die französische Regierung dabei nichts gewinne, so könne es verständlich sein, daß man hierzu seine Zuflucht nehme.

Amerika und Haager Schiedsgericht.

Paris, 1. März. (WZB.) „New York Herald“ meldet aus Washington, im Anschluß an die Unterredung zwischen Präsident Harding und Senator Lodge habe sich der Präsident bereit erklärt, dem Kongress nach Ablauf der gegenwärtigen Sitzung einen Vorschlag betreffend Teilnahme der Vereinigten Staaten an dem internationalen Gerichtshof in Haag vorzulegen.

Beamte und Krankenversicherung.

Im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages beantragten unsere Genossen bei der Beratung der Abänderung der Krankenversicherungsordnung, daß künftig auch die Beamten in die allgemeine Krankenversicherungspflicht einbezogen werden und daß der Unterschied zwischen unteren und höheren Beamten mit Einschluß der Minister und des Reichskanzlers in Fortfall käme. Die Redner aller bürgerlichen Parteien verhielten sich diesem Antrag gegenüber ablehnend und stellten sich auf den Standpunkt der Reichsregierung, die sich gegen eine Einbeziehung der Beamten in die Krankenversicherungsordnung aussprach und durch besondere Maßnahmen den infolge von Krankheit und Wochenunkosten in Not geratenen Beamtenfamilien Hilfe gewähren will.

Zwei Redakteure der „Kölnischen Volkszeitung“ wurden von der 4. Strafkammer des Landgerichts I zu 20 000 resp. 10 000 M. Geldstrafe verurteilt, weil sie die Erschießung des Arbeiters Loose, der sich seiner Verhaftung nach dem Charlottenburger Sprengstoffattentat durch die Flucht entziehen wollte, als Mord und die Polizeibeamten als Mordbuben bezeichnet hatten.

Wirtschaft

Preussens Siedlungstätigkeit.

Ueber den Umfang der Siedlungstätigkeit reichen die Organe der gemeinnützigen Siedlung jährlich Nachweisungen ein. Diese werden jetzt für Preußen zum erstenmal zusammenfassend veröffentlicht. Berücksichtigt man die ungeheuren Schwierigkeiten, die insbesondere durch die wahnsinnige Verteuerung des Baumaterials für die Siedlungstätigkeit überhaupt entstanden sind, so bleibt es immerhin erfreulich, zu beobachten, daß in den Jahren 1919 bis 1921 die Zahl der geschaffenen Siedlerstellen, wie die Beschaffung von Land und schließlich auch die Zahl der Ansiedler nicht unbedeutend zugenommen hat. Das Gesamtergebnis der Siedlungstätigkeit muß bisher aber gleichwohl als außerordentlich bescheiden bezeichnet werden. Wenn in den Jahren 1919 bis 1921 insgesamt 4739 Ansiedler und dazu 15 364 Haushaltsangehörige, mithin also nur 20 103 Personen, in neuen Siedlungen untergekommen sind, so ist das bei einer Bevölkerung von rund 60 Millionen Menschen, die das Deutsche Reich in seinen neuen Grenzen immer noch zählt, für seinen größten Freistaat außerordentlich gering; und wenn schließlich von diesen 20 103 Personen, die in den neuen Siedlerstellen untergebracht wurden, drei Fünftel bereits früher in der Landwirtschaft beschäftigt waren, so ist von den erwarteten sozialen Wirkungen der Siedlungstätigkeit, die doch einen erheblichen Teil der landfremden Bevölkerung auf das Land zurückzuführen sollte, so gut wie gar nichts zu spüren. Nur rund 8000 Personen einschließlich der Haushaltsangehörigen, also knapp 40 Proz. der Siedler, haben ihre Tätigkeit in Handel und Gewerbe oder in anderen Berufen aufgegeben, um auf eigener Scholle eine Existenz zu gründen.

Immerhin ist beachtenswert, daß die Wirkungen des Reichs-Siedlungsgesetzes doch in einer Steigerung der Landbeschaffung und einer Vermehrung der neugegründeten Siedlerstellen zum Ausdruck kommen. Von den gemeinnützigen Siedlungseinrichtungen aber durch deren Vermittlung wurde Land erworben:

Im Jahre	Uebershaupt	Moer- und Oedland	Dabei entfällt auf Staatsdomänen	sonstiges Siedlungsland
1919	22 544 ha	1517 ha	687 ha	20 840 ha
1920	28 918	1947	4 117	23 453
1921	40 082	9304	13 495	24 229
1919/21	91 494 ha	6172 ha	18 299 ha	68 022 ha
In Proz.	100	6,7	20,0	74,3

Aus dieser Uebersicht geht hervor, daß die vermehrte Landbeschaffung hauptsächlich durch die Bereitstellung von Staatsdomänen herbeigeführt worden ist. Das „sonstige Siedlungsland“, das zwar den größten Teil der bereitgestellten Fläche ausmacht, wurde in den letzten Jahren in nicht viel größerem Umfange aufgebracht, als schon im Jahre 1919. Auffallend gering ist der Anteil des Moor- und Oedlandes an dem erworbenen Siedlungsland. Durch die Kultivierung von Moor- und Oedland könnte noch für Hunderttausende von Siedlern Arbeit und Brot auf eigener Scholle beschafft werden. Das ist bisher nur in bescheidenem Umfange gelungen. Denn obwohl die Siedlungsgesellschaften bereits zu Beginn des Jahres 1919 6487 Hektar Moor- und Oedland zu Siedlungszwecken besaßen, wurden nur 3250 Hektar davon zu Siedlerstellen umgewandelt. Demnach ist die Nachfrage nach Moor- und Oedland bei den Siedlern in diesen Jahren verhältnismäßig gering gewesen. Zurückzuführen dürfte das sein nicht nur auf die enormen Vorkosten für Siedlungsbau, sondern auch auf das umfangreiche Betriebskapital, das heute zur Errichtung einer noch so kleinen Landwirtschaft auf neuauftauchtendem Land erforderlich ist. Hier wäre es Aufgabe der zuständigen Stellen, für eine umfassende Kreditbeschaffung Sorge zu tragen, und so den Siedlungslustigen den Anschluß von Neuland zu erleichtern. Daß übrigens der Ankauf und auch die Enteignung anderer Bodens — die letztere wurde nur sehr spärlich angewandt — in den letzten Jahren so wenig zugenommen hat, dürfte zu einem erheblichen Teil daran liegen, daß die unabweisbar großen Gewinne in der Landwirtschaft es auch den unrationellsten Betrieben erlauben, ihren Besitz aufrechtzuerhalten, so daß die Neigung zum Verkauf von Land natürlich sehr gering ist. Der überwiegende Teil dieses so erworbenen Bodens entfällt auf großen Gütern.

Blickt man die Statistik nach den Ergebnissen der Siedlungstätigkeit, so ist es auffallend, daß von den in den drei Jahren geschaffenen 4739 Siedlerstellen mit einer Fläche von 44 130 Hektar 59,3 Proz., also fast weit mehr als die Hälfte, auf Stellen von weniger als 5 Hektar entfallen. Mehr als ein Drittel, nämlich 33,8 Proz., der Stellen hatte sogar noch nicht einmal einen halben Hektar. Daraus geht eindeutig hervor, daß der weitaus überwiegende Teil der hier geschaffenen Siedlerstellen Anführerstellen sind, daß jedenfalls selbständige landwirtschaftliche Betriebe mit Hilfe der Siedlungstätigkeit nur in sehr geringem Umfange entstanden sind.

Aus all diesen Tatsachen ergibt sich, daß die Siedlungstätigkeit, von der man sich so viel versprochen hat, noch immer in den Kinderschuhen steckt, und daß es gewaltiger Arbeit bedarf, um den Siedlungsgedanken zu Erfolgen zu bringen.

Das Goldjollausgeld für die Zeit vom 7. bis einschl. 13. März 1923 beträgt 593 900 v. G. (bisher 595 400 v. G.).

Die Ausbreitung des holländischen Margarinetruffs in Deutschland hat einen ganz gewaltigen Umfang angenommen. Wie auf der Generalversammlung der Oldenburger Margarinetruffabrik mitgeteilt wurde, hat der Jürgens- und der van den Berg-Konzern nicht weniger als 48 deutsche Margarinetruffabriken an sich gebracht.

Erklärungen Mussolinis.

Rom, 1. März. (WZB.) Heute nachmittags 3 Uhr hatte sich der Ministerrat unter dem Vorsitz Mussolinis versammelt. Es waren alle Minister anwesend. Vor Inangriffnahme der Arbeiten verließ Mussolini dem General Diaz in feierlicher Weise den Titel eines Ehrenherzogs. Mussolini sprach dann über verschiedene Punkte der äußeren Politik. „Die Situation an der Ruhr scheint in den letzten Wochen stationär zu sein, während die beiden Gegner an ihrer bisherigen gegenseitigen Widerstandspolitik festhalten. England hat seine leicht ablehnende Haltung nicht geändert. Italien hat seine technischen Elemente an der Ruhr weder vermehrt noch verringert.“

Eine neue Richtung in der Haltung der beiden Gegner könnte dadurch eingeschlagen werden, daß der eine dem anderen einen neuen Vorschlag unterbreitet, eine Vermittlung verlangt oder auch durch eine Erklärung der politischen Ziele, die Frankreich zu verfolgen vorgibt, Ziele, die sich bis jetzt auf die Beschränkung der Reparationen beschränken.

Der Geduldskrieg, der sich gegenwärtig im Ruhrgebiet abspielt, kann trotz der allgemeinen Erwartung eines raschen Endes noch lange andauern. Wie ich im Senat und in der Kammer bereits klarlegte, wird sich Italien keinen Versuch zur raschen Wiederherstellung der Ruhe in Zentraleuropa entgegenstellen. Italien hat dies durch seine Hilfe für Oesterreich bewiesen. Die

Verpflichtung zur Neutralität.

die Italien mit Frankreich auf dem gemeinsamen Reparationsgebiet eingegangen ist, fordert jetzt, daß dieses wichtige Problem so schnell wie möglich geregelt wird. Durch seine offizielle Erklärung hat Italien den richtigen Standpunkt eingenommen.

Der Feldzug einiger Zeitungen ist weder gebilligt noch autorisiert worden. Die faschistische Regierung will eine autonome Außenpolitik führen. Sie kann keine Bündnisse dulden, die nicht eine solide Garantie bieten. Das faschistische Italien kann weder jetzt noch später einem Bündnis zustimmen, das dieser Grundlage entbehrt.

Gewerkschaftsbewegung

Betriebsrätewahlen!

Für die Durchführung der Neuwahlen der Betriebsräte befragt der Aufsicht der Gewerkschaftskommission im Auftrage der Plenarversammlung auf Grund der Beschlüsse des Leipziger Gewerkschaftskongresses sowie der Richtlinien und Anweisungen der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale des ADGB und der des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin, daß Vorschlagslisten für die Betriebsräte wahlen, die zustande gekommen sind auf Grund von Verpflichtungen und Bedingungen außerhalb der oben bezeichneten, von den der Gewerkschaftskommission angeschlossenen Organisationen nicht anerkannt werden. Die Aufstellung der Kandidatenliste kann nur in freigewerkschaftlichen Funktionärskonferenzen erfolgen. In Kleinbetrieben tritt an die Stelle der Funktionärskonferenz die der freigewerkschaftlichen Betriebsangehörigen. Betriebsräte, deren Aufstellung und Wahl nicht diesen Grundsätzen gemäß erfolgt, gelten nicht als Betriebsräte einer freigewerkschaftlichen Organisation.

Gewerkschaftskommission Berlins u. Umgegend. Samstag. Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin. Emil Barth.

Die neueste Parole.

Wenn die Kommunisten nicht alle acht Tage eine neue „Parole“ ausgeben, dann ist ihnen nicht wohl. Gleich einem Vollbluthengst sprengt so eine neue Parole feurig in die politische Arena, in der die kommunistischen Clowns das Publikum durch Jüngensverleumdungen zu amüsieren versuchen. Kaum sind jedoch einige Kunden gemacht, da geht dem neuen Jirkusquart schon die Lust aus. Der Vollbluthengst, der das Proletariat durchs Ziel tragen soll, ist nur eine altersschwache Währe und wird, von den Fuchtritten der Clowns begleitet, auf den Scheitelpfad geschickt.

Diktatur des Proletariats, Kontrollausschüsse, Reichsbetriebsrätekonferenz, Arbeiterregierung usw. usw. Wer kann sich auch nur noch der Allheilmittel erinnern, die einen Tag lang die erste Seite der „Roten Fahne“ füllten, dann nach und nach auf die dritte Seite verdrängt wurden, um schließlich ganz zu verschwinden.

Die neueste Parole heißt: Bildung von Hundertschaften der Arbeiter in den Betrieben. Wenn man diesen gemeingefährlichen Wahn nicht, fragt man sich unwillkürlich, ob die Leute, die solche Parolen schmeiben, in Dienste des deutschen oder des französischen Nationalismus stehen. Diese Sorte von „Hundertschaften“ waffenloser Arbeiter kann doch nur jenen Nationalisten zum Vorwand dienen, ihre bewaffneten Banden aus die Arbeiter loszulassen. Das merkwürdigste aber an diesem gefährlichen Unsinne ist freilich, daß es Arbeiter gibt, die darauf hereinfallen. Das zeigt aber auch, wie dringend notwendig eine systematische Aufklärung und die Verbreitung der sozialdemokratischen Presse ist.

Zum Kampf in der Fleischwarenindustrie.

Die Arbeitgeber der Berliner Fleischwarenindustrie haben die Drohungen, die bei ihnen Beschäftigten auszusperrn, zur Tatsache werden lassen. In der bürgerlichen Presse verbreiten sie eine irreführende Notiz, um die Öffentlichkeit zu suggerieren, daß es sich bei dem am Kampf beteiligten freien Gewerkschaften nur um eine Nachtprobe handele. Dem hat die Streikleitung folgendes entgegenzusetzen:

Der Kampf ist von langer Hand von den Unternehmern vorbereitet. Schon vor einiger Zeit brachte das Organ der Fleischwarenindustrie, die „Fleisch“, einen Artikel, in dem es scharf machte gegen die Art der tariflichen Regelung der Löhne. Ein andermal bezeichnet dasselbe Organ Streikende als Erpresser, und erst dieser Tage stellte es die Frage, wann man endlich auch in Deutschland den Mut aufbringen werde, den Achtstundentag zu befehlen. Es ist zu beachten, daß eine große Anzahl dieser besonderen Art „Industrieller“ mit nichts angefangen hat. Die Zwangswirtschaft und die Geldentwertung haben sie in den Sattel gehoben.

In Groß-Berlin schloß sich die Fleischwarenindustrie mit sechs anderen Arbeitgeberorganisationen zu einem Arbeitgeberbund und der Fleischwarenindustrie und verwandter Berufe zusammen, dem auch die bekannten Viehkommissionäre und Engroschlächter angehören, die wir noch in anderem Zusammenhang

der Arbeiterschaft vorführen werden. Ohne jeden Grund kündigten zum Jahresabschluss sämtliche Organisationen die Tarifverträge, und ein Manteltarif mit ganz erheblichen Verschlechterungen sollte unter der Bedingung eingeführt werden, daß auch der „christliche“ Nahrungsmittelarbeiterverband Tarifkontrahent werde. Dieser Verband hat aber hier keine 200 Mitglieder, während der Zentralverband der Fleischer über 5000 Mitglieder hat. Es kommen dann noch hinzu die dem Transportarbeiter-, Maschinen- und Heizerverband und dem Zentralverband der Angestellten angehörenden Mitglieder. Die „Christen“ legten auf die Verschlechterung des vorgelegten Manteltarifes „keinen Wert“. Alle Verhandlungen, auch bei den Behörden, zuletzt vor dem Demobilisierungskommissar, der feststellen mußte, daß dieser Arbeitgeberbund überhaupt nicht tariffähig ist, scheiterten. Wie es zur Arbeitsniederlegung kam, ist durch eine frühere Pressenotiz schon bekannt. Der Arbeitgeberbund veranlaßte hierauf die Aussperrung, aber nicht auf der ganzen Linie, sondern zunächst nur in der Fleischwarenindustrie.

Vom Arbeitgeberbund plant man einen großen Schlag, der dem Geldbeutel der Unternehmer zugute kommen soll. Am vergangenen Mittwoch wurde dem Viehhof noch viel Vieh zugeführt. Die Engroschlächter schlachteten wie toll darauf los und die Wurstfabrikanten kauften fast reißend auf, trotzdem nicht gearbeitet wird. Barum das? Man will im Laufe dieser Woche auch den Schlacht- und Viehhof stilllegen, damit auch das Badenfleischergewerbe, das die Forderung der Gesellen bewilligt hat, zum Erliegen kommt. Die Ware soll knapp werden. Bei der Wiederaufnahme der Arbeit will man dann zu erhöhten Preisen dem vom Unternehmertum ausgehenden Berlin wieder Fleisch und Wurstwaren verkaufen. Das sind die „guten Patrioten“, die erst kürzlich durch eines ihrer führenden Organe zu Preistreibern angetrieben wurden. Man will durch diesen vom Unternehmertum prozontierten Kampf die Deffenlichkeit ablenken. Die unerhörten Preistreibern trotz des Dollarkrises sollen in Hintergründe verschwinden. Es ist zu bemerken, daß die Hauptdarsteller die Engroschlächter und Viehkommissionäre sind. Man wird aber Berlin nicht aushungern können, denn es ist die Möglichkeit vorhanden, Berlin aus dem Reiche mit Waren zu versorgen.

22 Betriebe haben neben den Badenfleischern nicht ausgesperrt. Die Firma Friedrich in Moabit, Stephanstraße, hat den Tarif anerkannt und ist aus dem Arbeitgeberbund ausgeschieden. Die Christen vermitteln Streikbrecher. Ihre Zahl ist kaum nennenswert. Vor dem Bureau des Christlichen Verbandes werden diese Streikbrecher auf Lastwagen der grünen Polizei ausgeladen und von diesen mit umgehängten Karabinern zur Arbeitsstelle gebracht. Vielleicht kontrolliert der Polizeipräsident einmal diese Tätigkeit der Schupo.

Die Stimmung der Streikenden und Ausgesperrten ist eine äußerst gute. Die Kolleginnen und Kollegen der Esba-Werte haben sofort bei Ausbruch des Kampfes eine Sammlung zugunsten der Kampfbereitschaften veranstaltet, die fast 1/2 Million Mark einbrachte. Die Angestellten dieses Betriebes haben ebenfalls eine größere Summe gesammelt. Die Belegschaft des Fleischereibetriebes der Firma Wanger hat den Betrag des nicht erfolgten Steuerabzuges der letzten Woche im Februar der Streikklasse zur Verfügung gestellt und wird noch weitere Beiträge folgen lassen.

Streik in den städtischen Häfen.

Dem Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben: Die städtischen Hafenanlagen sind am 1. März von der Berliner Hafen- und Lagerhaus-A.G. postweise übernommen worden. Der Zentralverband der Angestellten hatte vor einiger Zeit bereits der Firma Schenker u. Co., die von den Konsorten beauftragt war, alle die Hafen- und Lagerhaus-A.G. betreffenden Verhandlungen vor der Gründung zu führen, einen Tarifvertragsentwurf eingereicht und die Forderung gestellt, bis zum 28. Februar einen Tarifvertrag abzuschließen. Dieser Abschluß eines Tarifvertrages ist für die Angestellten der städtischen Hafenanlagen notwendig, weil im Nachvertrage lediglich festgelegt ist, daß der Tarifvertrag für die Angestellten der städtischen Werke auf die Hafenanlagen bis 30. Juni d. J. Anwendung finden soll. Nun hat der Magistrat Berlin über diesen Tarifvertrag am 31. März gefügt. Die Angestellten der Hafenanlagen hätten also ab 1. März in die Dienste der Nachgesellschaft eintreten müssen, ohne zu wissen, wie sich künftighin ihr Arbeitsverhältnis regelt. Die Firma Schenker u. Co. hat den Abschluß eines Tarifvertrages abgelehnt, sie will die Angestellten der städtischen Hafenanlagen unter den Tarifvertrag für

die Expeditionsbetriebe bringen, der in seinem ganzen Aufbau auf die Hafenanlagen nicht anwendbar ist. Der Magistrat Berlin hat die Hafenanlagen am 28. Februar entlassen. Wiederholt wurde von den verschiedensten Seiten versucht, und zwar mit nicht immer ganz einwandfreien Mitteln, die Angestellten zu veranlassen, bedingungslos zu der neuen Nachgesellschaft überzutreten. Dies hat die Angestelltenchaft abgelehnt. Ab 1. März d. J. steht die Angestelltenchaft der städtischen Hafenanlagen im Streik. Streikziel ist, den Eintritt in Tarifverhandlungen mit der Nachgesellschaft zu erzielen. Die städtischen Hafenanlagen sind für Angestellte gesperrt.

Die Tarifbewegung der Angestellten in der Holzindustrie.

Die Angestelltenchaft in der Berliner Holzindustrie nahm in einer Versammlung am Mittwoch auf Grund der Berichte, welche die Organisationsvertreter der drei HZ-Verbände gaben, zu dem Verhalten der Arbeitgeber in der Holzindustrie Stellung. Nachstehender Antrag wurde nach eingehender Diskussion, in der das Vorgehen der Arbeitgeber aufs schärfste gemißbilligt wurde, einstimmig angenommen:

„Die heute versammelten HZ-Mitglieder, welche in der Holzindustrie Berlins beschäftigt sind, fordern ihre Organisationen auf, auf jeden Fall die Schiedsprüche vom 12. Januar und 13. Februar zur Durchführung zu bringen und außerdem eine Gehaltserhöhung für den Monat Februar in Höhe von 110 Proz. durchzusetzen. Die Versammlung beschließt, daß eine Urabstimmung über Streik oder Nichtstreik in den Betrieben vorgenommen werden soll. Das Ergebnis muß bis Montag, den 5. März, mittags 2 Uhr, im HZ-Ortskartell, Reinickendorfer Straße 118, eingegangen sein.“

Sollten die Arbeitgeber bei den Verhandlungen zwecks Durchführung des Schiedspruches am kommenden Freitag vor dem Demobilisierungskommissar ihren ablehnenden Standpunkt nach wie vor aufrechterhalten, so ist nicht die Angestelltenchaft, sondern der Arbeitgeberverband für die sich ergebenden Folgen verantwortlich. Wir hoffen, daß die Herren Arbeitgeber, wenn sie schon nicht selbst zu den Verhandlungen kommen wollen, wenigstens ihren Syndikus mit Vollmachten ausstatten und nicht nur ihm den Auftrag erteilen, einen schriftlich formulierten Beschluß vor dem Demobilisierungskommissar zur Verlesung zu bringen. Die Angestellten nehmen an, daß auch in den Köpfen der Arbeitgeber der Holzindustrie die heutige Zeit nicht spurlos vorübergegangen sein kann, und erwarten, daß die Angestellten nicht zum äußersten Mittel, dem Streik, gezwungen werden. Um aber für alle Fälle gerüstet zu sein, fordern die Organisationen die Angestellten auf, gemäß obigem Beschluß eine Urabstimmung in den Betrieben vorzunehmen. Ueber die weiteren Schritte wird in einer am Mittwoch stattfindenden Versammlung Bericht erstattet.

Warnung vor einem Schwindler! In Berlin tritt zurzeit ein Mann unter dem Namen Otto Werner, geb. 12. 12. 1893 zu Ryslowitz D.-S., als Konteur auf. Er gibt an, daß er in Ludwigshafen in einer Vertrauensmännerversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes gegen die französische Republik und ihre Tendenzen gesprochen habe und deshalb von der französischen Besatzungsbehörde ausgewiesen sei. Er vertritt nun von den einzelnen Kreisverwaltungen oder bei den Ortsstellen des ADGB Unterstützung zu erhalten. Die Angaben, die er macht, sind laut Mitteilung der Verwaltungsstelle Ludwigshafen des Deutschen Metallarbeiterverbandes unrichtig. Es handelt sich um einen Schwindler, welcher von dem Fabrikarbeiterverband, Verwaltungsstelle Ludwigshafen, verfolgt wird. Es wird gebeten, daß arbeiterfreundliche Blätter diese Mitteilung abdrucken.

Die Ortsverwaltung Berlin des D. M. A.

Deutscher Bauergewerksbund, Bauergewerkschaft Berlin. Urabstimmung über den Schiedspruch des Weirkeslohnabmes für die 1. Märzhälfte findet am Sonntag, den 4. März, in den bekannten Abstimmungslokalen von 10 bis 12 Uhr statt. Wir bitten um rege Beteiligung. Wir bitten ferner, die Annonce in der Freitag-Morgenausgabe zu beachten.

Berkmeister-Berein Berlin I. Versammlung am Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr, im Restaurant „Pfeiferberg“, Schönhauser Allee 176. Vortrag des Herrn Reichsstatthalterordnen Sellmann über: „Einbruch ins Ruhrgebiet“.

Rechtsanwalt für den redb. Teil: Victor Schill, Berlin; für Angelegenheiten: H. Gluck, Berlin. Verlag Fortwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortwärts-Verlag u. Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Diers 1. Blatt.

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus Außer Abonnement 7 1/2 Uhr: Madame Butterfly	Volksbühne 7 1/2 Uhr: Mein Leopold
Schauspielhaus 7 1/2 Uhr: Witthelm Tell	Lessing-Th. 7 1/2 Uhr: Die Mütter (Dorsch) Sbd. 7 1/2: Bürger Schoppel Sonntag 7 1/2: Die Mütter Mont. 7 1/2: Bürger Schoppel
Deutsch. Theat. 7 1/2: Alt-Heidel- berg Sonnab. 7 1/2: Alt- Heidelberg	Deut. Künstler-Th. Abendlich 7 1/2 U. Der Fürst von Pappenheim
Kammerspiele 7 1/2 Uhr: Fr. Julie Langelot u. Sa- nderein Sbd. 7 1/2: Fr. Julie Langelot und Sanderein	Residenz-Th. Täglich 8 Uhr: Professor Bernhardi Komödie v. Arthur Schnitzler
Gr. Schauspielh. (Karlsruhe) 7 1/2 Uhr: Die tö- richte Jungfrau Sbd. 7 1/2: Die tö- richte Jungfrau Sonnab. 4. März, 2 U. Die Maschinen- stürmer.	Kleines Th. Tägl. 8 Uhr: Die Unmoralischen Carola Toelle, Olga Limburg, Falken- stein, Kaiser-Titz
Xöniggrätz. Str. 8 U.: Aus d. Leben d Insekten	Trianon-Th. Täglich 8 Uhr Sissi die Kokotte Pers. unter 18 Jahren haben keinen Zutritt
Komödienhaus Kameraden	Theater des Ostens (Rose-Theater) 7 1/2 U.: Loge Nr. VII
Berliner Th. 7 1/2: Madame Pompadour Hilde Wörner, Ro- berts, Bötel, Haskel	Walhalla-Th. Tägl. 7 1/2: Die Liebe geht um
Central-Theater Tägl. 7 1/2 Uhr: Der Aktienbaron	Der Blaue Vogel Goltzstraße 9 Nollendorf 1613
	U. Allabendlich Das 3. Programm

Deutsch Opernhaus
7 1/2: Die Hugenotten
Groß-Volkoper
im Theat. d. Westens
7 1/2: Lust, Weiber
Intimes Theater
8 U.: 7 Elnakter
u. a.: Ein Familien-
fest - Kleptomane
Lustspielhaus

8 U.: Das Prinzen
Metropol-Theater
7 1/2: NewYork-Berlin
Stg. 3: Die Bajadere
Neues Operett.-Th
7 1/2: D. neue Gilbert
Matja, die Tänzerin
mit Margit Suchy,
Muth, Beckersachs,
Pautsch, Tiedtke,
Gross, Mamelok
Stg. 3: Die Frau Hedra
m. Harald Paulsen,
Josefine Dora
Neues Th. am Zoo
7 1/2: Aus Gärten Opern
Derine u. der Zufall
Neues Volkstheater
7 1/2: Lann. d. Verliebt.
Der Keffe als Onkel
Renaissance-Th.
7 1/2: Die Juden
Gastsp. Em. Reicher
Schiller-Th. Charl.
8 Uhr: Der Schöpfer
Thalia-Theater
7 1/2: Ein Jahr
ohne Liebe
Th. a. Nollendorfpl.
7 1/2: Königin
der Straße
Stg. 3 1/2: Ein Jahr
Theater d. Kommandant-Pl.

7 1/2 Uhr: **Katto**
Wallner-Theater
4 Uhr: Der kühne
Schwimmer

Komische Oper
(7 1/2) Dir.: James Klein (7 1/2)
Internat. Revue in 25 Bildern
Europa spricht davon
200 Mitwirkende! 6 Balletts!
Mr. Jackson vom Alhambra-Theater
in London mit seiner engl. Gattin
sowie die bekanntesten Dar-
steller von Bühne und Film
Vorverkauf ununterbrochen

Admirals-Variete
7 30 März-Programm
wie immer - erstklassig

UFA-PALAST A. 100
Friedrichs Rex
Wiederholg. Text I u. II.

TAUENTZENPALAST
Die Kette klirrt

U. T. KURFÜRSTEND.
Schlagendes Wetter

MOZARTSAAL
Ein Glas Wasser.

U. T. NOLLENDORFPL.
Ehrentreuen.

KAMMERLICHTSP.
U. T. ALEXANDERPL.
Der Rhein

U. T. FRIEDRICHSTR.
Der Frauenkönig

U. T. WEINBERGSWEG
Stadt in Sicht

U. T. SCHONEBERG
Von 2.-5. 3. 28:
Der steinerne
Reiter.

U. T. 6.-8. 13:
Unter Wilden und
wilden Tieren

U. T. BASENHEIDE
Blauen Circus.

Casino-Theater
8 Uhr: Der neue Schlager
Zum blauen Kakadu

**Circus
BUSCH**
Tgl. 7 1/2, Sig. a. 3 U.
Neue
**Lustige
Dressuren**
Kampfsport
Fremdenlegionär

Theater a. Kottb. Str.
Tgl. 7 1/2 und
Sonnab. 8 Uhr
**Elite-
Sänger**
U. Der Mann
mit den
3 Frauen

Palast
Potsdamer Str. 19
Edle Margaretenstr.

**Der
steinerne
Reiter**
Regie: Fritz
Wendhausen
Anderstern:
Im Bienenstaat
Anfang 7 und 9
Sonnab. 4 1/2 Uhr

Zielka
Friedrichstr. 60
Ecke Leipzigerstr.
Variete-Kabarett
in Heltene Spielt
a. Margaretenstr.
Abends 7 1/2 Uhr
Mia Werber
Warner Goldmann
und das neue
März-Programm
4 1/2 Täglich 4 1/2
Nachmittags-
Vorstellungen

Wachtung! Zigaretten-Industrie! Wachtung!
Sonnabend, den 3. März 1923, nachmittags 1 Uhr:
Bersammlung
aller in der Zigaretten-Industrie beschäftigten Arbeitnehmer
in den „Sophtenstraßen“, Sophtenstr. 17/18.
Tagesordnung:
Stellungnahme zu dem am 28. Februar 1923 gefällten Schiedspruch
betreffs Löhne in der Zigaretten-Industrie.
Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht!
Der Kartellverband.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin, SO 16, Rungelstr. 30
Freitag, 2. März, abds. 7 1/2 Uhr
bei Klicms, Hasenheide 13:
Bersammlung
der Vertrauensmänner und Betriebsräte aller
dem Reichsmanteltarif unterstehenden Betriebe
Tagesordnung: Bericht über die Verhandlungen
mit der Arbeitgeberorganisation.
Sitzung der erweiterten Ortsverwaltung im Nebenraum um 6 Uhr
Ohne Verhandlung und Funktionärstakt keinen Zutritt!
Die Ortsverwaltung.
4/1.

Reichshallen-Th.
Abends 7 1/2 Uhr, Sonntag
nachm. 3 Uhr
halbe Preise
STETTNER
5 Abg.
Öbbhoff-
Brett 7
Ab. 7 1/2

WINTERTHEATRE
**Variete-
Programm!**
tauchen gestattet!

Seife billiger
Sowohl Vorrat: Toiletteseife Stück
100, 200, 400 Stk. Haushaltseife: 60 Stk.
an, Rasierseife 200 Stk., Gummi-
sänger 25, 75, 150 Stk., prima Schuh-
creme, braun und schwarz, Seife 50 Stk.,
Verbandswatte 100 g 750 Stk., Zahn-
pasta 50 Stk., Hautcreme 50, 100 Stk.,
Lauolin große Tube 75 Stk., Damen-
binden 75, 150 Stk., Gürtel
von 10 Stk. an sowie viele and. billige Artikel
der Gummi- und Toilettenbranche.
A. Haas & Co., Marktstraße 84
an der Lindenstraße. Verkauf 9-6 Uhr

2000
Rost
e. Behält.
erb Sie bei F. Ans
Gardinen, Stores,
Bettwäsche, Bett-
decken, Schlaf-
longuedeck., Ströps-
decken, deutsche
Tepiche, Blüen-
stoffe usw.
Barthel
Rundbender Str. 54
siehe Tel. Buch. Abg.

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Berlin
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß
unser Kollege, der Schlosser
Franz Lysick
am 26. Februar gestorben ist.
Die Beerdigung findet Sonnabend,
den 3. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, von
der Leichenhalle des Marins-Rich-
hofes in Wilhelmshagen statt.
Unter Kollege, der Reflektant
Hermann Oehm
ist am 25. Februar gestorben.
Die Beerdigung findet am Montag,
den 5. März, nachm. 4 Uhr, im Re-
matorium Berlin, Griebstraße, statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf
Ferner den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Hundschleifer
Gustav Pohl
am 12. Februar, und unser Kollege,
der Schlosser
Friedrich Siedler
am 28. Februar gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
16711 Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Baugenossenschaft „Paradies“
zu Berlin, E. G. m. b. H.
Dienstag, 13. März, abends 6 Uhr, im
Gemeinschaftshaus, Engelstraße 21: Kaiser-
ordenliche Generalversammlung. Tages-
ordnung: 1. Erhöhung des Geschäftskreis-
ums und Ertragssteigerung. 2. Statutenänderung.
3. Verabschiedung. — Der Vorstand:
G. Dörner, A. Schmitt, G. Pfeiffer. I'

Ortskrankenkasse der Gürtler zu Berlin
Einladung zur außerord. Ausschub-Sitzung
am Freitag, den 2. d. M., nachm. 5 1/2 Uhr,
im Rosenhof, Oranienstraße 138.
Tagesordnung:
1. Rechnungsberechnung - 2. Verabschiedung.
Berlin, den 2. März 1923.
179-3 Der Vorstand, Karl Köder, Soc.
Einladungsfarte dient als Querschnitt.

Bekanntmachung
Wegen weiterer harter Verteuerung
von Rohöl, Brauchöl, Cöken, Mate-
rialien usw., sind mir gezwungen den
Gaspreis von der im März 1923 fest-
gesetzten laufenden Gaspreisberechnung
ab heute beträchtlich zu erhöhen.
Den neuen Gaspreis werden wir dem-
nächst bekanntgeben.
Berlin, den 2. März 1923.
Gasbetriebsgesellschaft H. & G.
Der Vorstand: H. Körtling.

Politische Debatten im Rathaus.

Straßenumbenennungen und Märzfriedhof. — Handgemenge auf der Tribüne.

Die Stadterordnetenversammlung sollte gestern über die Anträge in Sachen der Straßenumbenennungen und des Märzfriedhofes beschließen. Daß es dabei zu scharfen politischen Auseinandersetzungen zwischen der Rechten und der Linken kommen würde, war vorauszusehen. Die Redner der Rechten hatten sich vorgenommen, einen möglichst herausfordernden Ton anzuschlagen. In der Debatte über die Straßenumbenennungen gab ihnen die sozialdemokratische Fraktion durch ihren Redner Genossen Pöchy eine Antwort, die sie so kräftig gewiß nicht erwartet hatten. Sie lärmten und tobten bei seinen Ausführungen über die deutschnationalen Mörder, denen Erzberger und Rathenau zum Opfer gefallen sind. Auch der Zentrumsredner Lange blieb der Rechten die Antwort nicht schuldig. Den sozialdemokratischen Antrag über den Märzfriedhof hatten im Ausschuß die Demokraten zu verwerfen sich bemüht. Unsere Fraktion wiederholte gestern ihre ursprüngliche Forderung, die eine Ehrung der Märzgefallenen will. Genosse Kaiser richtete in seiner begründenden Rede nicht nur Angriffe gegen die Deutschnationalen, sondern hielt auch den Demokraten vor, wie sehr sie selbst von den Kommunalfreiwählern der früheren Zeit sich beschämen lassen. Herrn Kochs Erwiderung rief mehrfach stürmisches Gelächter hervor; unter anderem bezeichnete er sich und die Seinen als die eigentlichen Vertreter des „Fortschritts“. Die Deutschnationalen hatten zu dem „großen Tag“ ihre Leute auf die Tribüne bestellt, und es gab dann eifrige Wale da oben die gewöhnlichen Beifallsstundgebungen. Als einer der Schreier nach dem Saal hindrohnte, wurde die Sitzung unterbrochen und kommunistische Stadterordnete stiegen hinauf, um eine „Säuberungsaktion“ vorzunehmen. Dem Handgemenge, das sich dabei entspann, konnte erst nach längeren Bemühungen ein Ende gemacht werden. Die Abstimmungen wurden vertagt.

Zu Beginn der Sitzung scheiterte zunächst die sofortige Beratung eines Dringlichkeitsantrages der Kommunisten auf Gewährung von Mietbeihilfen an solche Berliner Mieter, die die zum 1. März so enorm gestiegenen Mietzuschläge zu zahlen außerstande sind, am Widerspruch der rechten Seite. Die Anträge der Deutschen Volksparteier, ob es zutrafte, daß seit Monaten die Einäschersgebühren Feuerbestattungsvereinen gestundet oder gar niedergeschlagen worden sind, wurde vom Stadtrat Wuyky nach beiden Richtungen verbindend beantwortet.

Ein Versuch der Kommunisten, die Frage des Mieterkreises trotz der erfolglosen Ablehnung der Dringlichkeit ihres Antrages durch sofortige Wahl eines Ausschusses aufzurollen, blieb als geschäftsordnungsmaßig erfolglos. Zur Verhandlung kamen dann die zahlreichen, zum Teil schon vor langen Monaten gestellten Anträge wegen

Umbenennung von Straßen.

Es handelt sich dabei zunächst um den Zentrumsantrag auf Benennung je einer Straße nach den verstorbenen Reichsministern Erzberger und Rathenau. Ein Antrag der Deutschen Volkspartei ging dahin, die Umbenennung der Straßen mit in Berlin mehrfach vorkommenden Bezeichnungen hinauszuschieben, bis der Landtag über die Frage der Abänderung des Gesetzes Groß-Berlin Beschluß gefaßt hat.

Der für beide Anträge eingesetzte Ausschuß hat am 27. November empfohlen, den Antrag der Deutschen Volkspartei abzulehnen, dagegen den Antrag des Zentrums in folgender Form anzunehmen: „Um das Andenken der verstorbenen Reichsminister Matthias Erzberger und Walter Rathenau zu ehren, sollen nach ihnen die Berliner Straße in Charlottenburg in Erzbergerstraße und die Berliner Straße in Tempelhof in Rathenauallee umbenannt werden.“ Mit zur Beratung stehen der Antrag Heilmann-Wenzl (Soz.) auf Umbenennung des Strigoplahes in

Platz der Republik

und der Antrag der Deutschnationalen vom 21. Dezember 1922, den Magistrat zu ersuchen, das dem Polizeipräsidenten eingereichte Um-

benennungsverzeichnis zurückzuziehen und demnächst den Bezirksämtern zur Prüfung vorzulegen.

Nachdem Dove (Dem.) kurz den Ausschußantrag empfohlen, trat zuerst der Rektor Specht von der Deutschen Volkspartei auf den Plan, um mit großem Aufwand von Stimmitteln den sozialdemokratischen Antrag totzureden. Der den Namen „Königsploß“ befechtigen wolle, habe keinen geschichtlichen Sinn. Das demonstrative Händeklatschen eines Teils der Tribünenbesucher rief in der Versammlung große Aufregung hervor; die Kommunisten riefen: Wo kommen die Hakenkreuzler her? Die Droßch ist da! und Vorsteher Caspari rügte die Demonstranten. Das Händeklatschen auf der Tribüne wiederholte sich alsbald, als der Redner aus sprach, daß seine Freunde sich die Erinnerung an die Zeit vor 1918 nicht nehmen ließen, und nun

drohte der Vorsteher die Räumung

an. Der Königsploß, so meinte Herr Specht weiter, bilde mit seiner Umgebung ein großes politisches, geschichtliches Symbol, und ein Deutschland von heute gebe es überhaupt noch nicht, nur ein Deutschland von morgen; noch sei alles in Säruno. Andauernder Lärm begleitete diese „geschichtspolitologischen“ Betrachtungen. Auch der Deutschnationale Granach forderte wachsenden schärfsten Widerspruch heraus, als er dazu überging, den Ausschußantrag mit langen Exkursen gegen die „verhängnisvolle“ Außen- und Innenpolitik Erzbergers und Rathenaus zu bekämpfen. Das Heftigste heranzuziehen und zum Schluß zu erklären, daß seine Partei schließlich zu dem Magistrat das Vertrauen „voll und ganz“ verlieren würde, wenn er auf dieser Bahn weiterginge. Stadtbaurat Hahn gab nähere Auskunft über das Schicksal des vom Magistrat dem Polizeipräsidenten zur Genehmigung eingereichten Umbenennungsverzeichnisses; den Bezirken sei Gelegenheit gegeben worden, Wünsche zu äußern und Vorschläge zu machen. Im Gegensatz zu den Behauptungen von Granach stellte der Magistratsvertreter fest, daß die Post wie die Handelskammer für die Befestigung der Doppelnamen sich bemüht hätten; ein starkes Hindernis bilde allerdings die Kostenfrage.

Genosse Löwy: Wir haben heute deshalb eine Begründung unseres Antrages nicht gegeben, weil wir sie — irrtümlich, wie sich jetzt zeigt — nicht für nötig hielten. Die Vertagung der Beschlusssitzung bis zur Entscheidung über die Abänderung der Grenzen von Groß-Berlin durch den Landtag wäre eine Vertagung auf immer. — Die Deutschnationalen haben heute den traurigen Mut, derart gegen Erzberger und Rathenau aufzutreten, die

unter den Händen deutschnationaler Mordbuben

umgekommen sind. (Lärm rechts.)

Lange (Z.) legte in recht würdigen Worten Protest gegen die Art ein, wie ein Deutschnationaler das Andenken der beiden ermordeten Minister verunglimpft habe, und modifizierte dann den Zentrumsantrag dahin, daß zwei Straßen, deren Auswahl dem Magistrat zu überlassen sei, nach Erzberger und Rathenau benannt werden sollen. Einen Ausbruch tobenden Lärms auf der Rechten rief die Feststellung Langes hervor, daß Erzberger für sein Vaterland gestorben sei, nicht aber die Flucht ergriffen habe. Prinzipiell sei das Zentrum auch für einen „Platz der Republik“; auch hier sei die Wahl dem Magistrat zu überlassen.

Schumacher (Komm.) wollte Erzberger und Rathenau nicht als würdig für eine solche Ehrung gelten lassen, die vielmehr Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zuteil werden müsse.

Dove (Dem.) empfahl den neuen Antrag, zwei neue Straßen auf die beiden Namen zu taufen, und sprach sich grundsätzlich auch für einen „Platz der Republik“ in Groß-Berlin aus.

Die Abstimmung, die eine namentliche sein sollte, wurde einstimmig verworfen, und die Versammlung ging über zum Antrage der Sozialdemokraten betr. den

Friedhof der Märzgefallenen.

Der Antrag datiert vom 7. November v. J. und will den Magistrat ersuchen, aus Anlaß der 75. Wiederkehr des Todesages der im Friedrichshain ruhenden Opfer der Revolution vom 18. März 1848 den Friedhof der Märzgefallenen durch Anbringung einer angemessenen Umwehrung mit entsprechendem Eingangstor in einen würdigen Zustand zu versetzen und innerhalb der Umwehrung einen einfachen Denkstein zu errichten. Aus dem Ausschuß ist folgender Antrag herausgekommen: „Der

Magistrat wird ersucht, baldigt eine Vorlage zu machen, wie der Friedhof der Märzgefallenen dauernd in würdigem Zustand zu erhalten ist.“

Genosse Kaiser: Ueber die Ablehnung unseres Antrags im Ausschuß durch die Deutschnationalen wundere ich mich nicht, desto mehr aber über die

Haltung der Demokraten.

Diese haben in unserem Antrag eine politische Demonstration erblickt, die sie nicht wünschten. Vor 25 Jahren, als es sich um die 50. Wiederkehr des 18. März handelte, haben die Demokraten eine ganz andere Stellung eingenommen; damals ging ihnen der Magistratsantrag mit der Umwehrung und dem schmiedeeisernen Portal nicht weit genug, sie verlangten auch einen Denkstein mit der Inschrift: „Den Gefallenen des 18. März 1848.“ Dieses Verlangen ging wieder dem Magistrat zu weit, und schließlich wurde den Bauplänen die polizeiliche Genehmigung verweigert. — Wir haben es nun mit einem farblosen Antrag zu tun; wir verlangen mehr, wir wollen eine Ehrung, und deshalb beantragen wir den Zusatz: „Hierzu gehört insbesondere auch die Anbringung einer angemessenen Umwehrung mit entsprechendem Eingangstor sowie die Errichtung eines einfachen Denksteins mit Inschrift.“ Wir betrachten diese Ehrung als eine Ehrenpflicht und hoffen, daß die Mehrheit unserem Antrag zustimmt.

Dove (Dem.) beklundete das volle Vertrauen seiner Freunde zum Stadtbaurat Hoffmann, daß seine Vorlage allen Ansprüchen genügen werde.

Koch (Dnat.) meinte, es müsse mit der Republik und den Republikanern recht schlecht bestellt sein, wenn sie sich durch Straßenschänder in empfindliche Erinnerung bringen wollten. Die Bewegung von 1848 sei eine durchaus monarchische gewesen; auf dem Friedhof am Friedrichshain lägen auch die Märtyrer ihres Patriotismus. (Hier setzen heftige Zurufe der Kommunisten ein: Heuchler! Lügner! Lügenpöfel!) In der ganzen Versammlung wüthte die Aufregung. Das Geld der Steuerzahler solle zu einer sozialdemokratischen Demonstration mißbraucht werden. (Hier erschallt wieder Händeklatschen auf der Tribüne, das einen

explosiven Ausbruch der Enttäuschung

auf der linken Seite des Saales herorraus. Zahlreiche Mitglieder eilen aus dem Saale und drängen auf die Tribüne. Da der Lärm nicht zu bändigen ist, vertagt der Vorsteher die Sitzung auf zehn Minuten, nachdem er die Räumung der Tribüne bzw. die Entferrnung der Demonstranten angeordnet hat. Auf der Tribüne entwickelt sich ein Handgemenge zwischen einer Anzahl Zuhörer und mehreren Stadterordneten. Nach Wiederherstellung der Ordnung auf der Tribüne wird die Sitzung wieder eröffnet, aber, nachdem Ostrowski (Komm.) gegen die „Gemeinheit“ protestiert hat, mit der Koch die Freiheitskämpfer von 1848 „belehrt“ habe, auf Antrag des Genossen Reidemann die Beschlusssitzung und die Sitzung vertagt.

Prozeß Köber-Morvilius und Genossen.

Feindliche Schwestern.

Die zweite Sanderanklage, die gestern vor der Strafkammer verhandelt wurde, betraf den Expressionsverfuch, den Anna Förster gegen ihre Schwester Dora Köber unternommen hatte. Angeklagt waren Anna Förster, Simmide und Heims. Dieser Fall zeigt, wie die beiden geschwisterlichen Rassenliebinnen sich gegenseitig über das Ohr hauen wollten.

Anna Förster war mit ihrer Schwester in Feindschaft geraten. Um sich zu rächen, suchte sie ihr einen Teil ihrer Diebsbeute durch einen Handstreich abzujucken. Sie schickte zwei Gäste ihres Lokals, die beiden Mitangeklagten, zu Frau Dora Köber, indem sie ihnen erzählte, am Kurfürstendamm wohne eine sehr reiche Frau Schneider, von der sie wisse, daß sie im Rathaus Engel große Diebstähle begangen hätte. Die beiden Angeklagten begaben sich nun zu Frau Schneider, wie Frau Köber im Mai 1919 noch hieß. Simmide stellte sich als Sohn des Geschäftsinhabers Engel vor und sein Begleiter als ein Angestellter. Er jagte ihr dann, daß er erfahren habe, Frau Köber hätte bei ihm große Diebstähle verübt und sie müsse die Beute wieder herausgeben oder Erlaß schaffen. Frau Köber leugnete die Diebstähle und sagte, sie sollten zu ihrer Schwester, der Frau Förster, gehen, denn diese sei die Diebin. Die beiden erfuhrte dadurch erst, daß es sich um Geschwister handelte. Nunmehr gingen sie zu Frau Förster zurück und auf deren Veranlassung ging Simmide zum zweiten Male hin und erklärte Frau Köber: „Sehen Sie, Ihre Schwester ist ganz schlau, sie hat den Schaden schon gut gemacht; dann kommt nichts raus. Machen Sie es ebenso.“ Nach der Ankage soll nun Frau Köber bereits einen Schen über

(Nachdruck verboten. Des Wolff-Verlag, Berlin.)

Drei Soldaten.

Von John dos Passos.

Aus dem amerikanischen Romantrist überfetzt von Julian Gumpertz.

„Wo ist die Artillerie, das will ich wissen!“ schrie der Leutnant, plötzlich einhaltend und mit der Hand durch sein rotes Haar fahrend. „Wo zum Teufel ist die Artillerie?“ Er sah Chrisfield wild an aus seinen grünen Augen.

„Hat keinen Sinn, vorwärts zu gehen ohne Artillerie.“ Er begann, weiter zu gehen, noch schneller als vorher. Plötzlich sahen sie vor sich olivfarbene Uniformen, Maschinengewehre begannen rings herum in plötzlichen Stößen zu feuern. Chrisfield bemerkte plötzlich, daß er vorwärts lief über ein Feld voller Stoppeln zwischen einer Gruppe von Männern, die er nicht kannte. Das peitschenähnliche Geräusch von Gewehren klang zusammen mit dem Rattern der Maschinengewehre. Kleine weiße Wolken segelten über den blauen Himmel, und vor ihm war eine Gruppe Häuser, die dieselbe weiße Farbe mit grünen Schatten hatte, wie die Wolken.

Er stand in einem Hause mit einer Granate in jeder Hand. Die plötzliche Einsamkeit erschreckte ihn wieder. Vor dem Hause war der Lärm der Maschinengewehre, der manchmal plötzlich vor dem Bersten der Granaten unterbrochen wurde. Er sah auf den roten Fußboden und auf das Bild einer Frau, das an der Wand ihm gegenüber hing. Er war in einer kleinen Küche. Im Herd brannte etwas Feuer, irgend etwas lodete in einem schwarzen Topfe. Chrisfield ging auf den Zehen hinüber und sah hinein. Auf dem Grunde des lodenden Wassers sah er einige Kartoffeln. Am anderen Ende der Küche war zwischen zwei zerbrochenen Stühlen eine Tür. Chrisfield kroch hinüber. Die Ziegel schienen ihm unter den Füßen zu schwinden. Er legte den Finger auf das Schloß und machte es plötzlich auf. Er hielt den Atem an und stand eine Zeitlang auf die Tür sehend. Dann zog er sie auf. Ein junger Mann mit blondem Haar sah am Tische, den Kopf in den Händen. Chrisfield fühlte Freude in sich aufsteigen, als er sah, daß die Uniform des Mannes grün war. Sehr kühl hielt er die Granate eine Sekunde in der Hand. Dann warf er sie. Er selbst sprang mit einem Satz in die Mitte der Küche zurück. Der blondhaarige Mann hatte sich nicht bewegt. Seine blauen Augen starrten noch gerade vor sich. Auf der Straße traf

Chrisfield auf einen großen Mann, der tief und tief. Der Mann hielt seinen Arm krampfhaft fest und sagte: „Der Train rückt nach!“

„Welcher Train?“ „Unserer! Wir müssen laufen, damit er uns nicht einholt!“ Er leuchtete nach Luft. Rote Flecken waren auf seinem Gesicht. Sie liefen zusammen die leere Dorfstraße hinunter. Im Vorbeilaufen sahen sie den kleinen rothaarigen Leutnant, der gegen eine weißgewaschene Wand gelehnt stand, seine Beine waren eine Masse von Blut und zerriffenem Zeug. Er schrie unaufhörlich mit schriller, versterender Stimme, die sie noch weit die offene Straße hinunter verfolgte: „Wo ist die Artillerie? Ich will das wissen! Wo ist die Artillerie?“

Die Wälder waren grau und nah in der Dämmerung. Chrisfield stand steif auf von dem Wälderhaufen, auf dem er geschlafen hatte. Er fühlte sich benommen vor Kälte und Hunger, einsam und verlassen. Rings um ihn waren Leute aus anderen Divisionen. Ein Hauptmann mit einem mächtigen Schnurrbart ging auf und ab, in eine Decke gewickelt, auf der Straße, gerade hinter eine Gruppe von Bieren. Chrisfield hatte ihn beobachtet, wie er hin und her ging, hin und her hinter den nassen Stämmen der Bäume, seitdem es hell geworden war. Er stampfte mit den Füßen die feuchten Blätter, dann ging er weg von dieser Gruppe. Niemand schien es zu beachten. Die Bäume schlossen sich hinter ihm. Er konnte nichts sehen als feuchte, graugrüne Bäume und die gelben Blätter, die ihm in jeder Richtung die Aussicht versperrten. Er wunderte sich dumpf, warum er gerade in dieser Richtung weitermarschierte. Irgendwo im Untergrund seines Bewußtseins war der vage Gedanke, seine Kompanie zu finden. Sergeant Higgins und Andy und Judkins und Small — was wohl aus ihnen geworden sein mag? Er dachte an die Kompanie, wie sie zum Essen aufmarschiert war und an den Geruch des fettigen Essens, der aus der Feldküche aufstieg. Er war entsetztlich hungrig. Er hielt an und lehnte sich gegen den moosbedeckten Stamm eines Baumes. Die leichte Wunde in seinem Bein hämmerte so, als ob alles Blut seines Körpers dort hinab treibe. Jetzt, da seine raschelnden Tritte aufgehört hatten, war der Wald absolut still und ruhig, nur manchmal tröpfte Tau von den Blättern und Zweigen. Er strengte seine Ohren an, um irgendein anderes Geräusch zu hören. Dann bemerkte er, daß er einen Baum anstarrte, der voll kleiner, roter Holzäpfel war. Er pflückte eine Handvoll gierig. Aber

sie waren hart und sauer und schienen ihn noch hungriger zu machen. Der saure Geschmack in seinem Munde machte ihn wütend und ärgerlich. Er trat gegen den dünnen Stamm des Baumes, während ihm Tränen des Schmerzes in die Augen traten. Er schluckte laut in einem weinerlichen Singfang, dann marschierte er ab durch den Wald, die Augen auf den Boden geheftet. Zweige peitschten ihn böseartig ins Gesicht. In hängenden Ästen verfang er sich; doch er zwang sich vorwärts. Plötzlich stolperte er gegen irgend etwas Hartes, das zwischen den Blättern lag. Er hielt an und sah erschreckt um sich. Zwei Granaten lagen unter seinem Fuß, und ein wenig weiter sah ein Mann mit offenem Munde gegen einen Baum gelehnt. Chrisfield dachte zuerst, er schlafe, weil seine Augen geschlossen waren. Er sah die Granaten sorgfältig an, steckte sie dann in die Tasche, schaute zu dem Manne hinüber, der zu schlafen schien, und marschierte weiter. Dann betrat er einen anderen Weg im Walde, dessen Ende er Sonnenlicht sehen konnte. Der Himmel über ihm war voll schwerer purpurner Wolken, die hier und da gelblich geprißt waren. Wie er im Sonnenlicht marschierte, dachte er, er hätte sich doch die Taschen des Mannes, der dort an den Baum gelehnt saß, ansehen sollen. Er stand einen Augenblick still, zögernd, dann begann er wieder weiter in der Richtung auf das Sonnenlicht zu marschieren. Irgend etwas glitzerte in dem unregelmäßigen Durcheinander von Sonne und Schatten. Ein Mann sah da, auf dem Boden, die Mühe über die Augen gezogen, so daß man den kleinen goldenen Streifen seiner Mühe im Sonnenlicht sehen konnte. Chrisfields erster Gedanke war, daß der vielleicht etwas zu essen bei sich habe. „Leutnant!“ schrie er. „Wissen Sie, wo man etwas zu essen kriegen kann?“

Der Mann hob langsam den Kopf. Chrisfield zitterte über und über, als er das weiße, schwere Gesicht von Anderson sah; sein unrasierter Bart stand sehr schwarz auf seinem viereckigen Kinn. Eine große Wunde mit geronnenem Blut, die sich von den Augenbrauen über die linke Wade bis in die Ecke des Mundes erstreckte, ließ sein Gesicht wie einen Klumpen erscheinen.

„Gib mir etwas Wasser,“ sagte Anderson mit schwacher Stimme.

Chrisfield gab ihm seine Feldflasche schweigend. Er bemerkte, daß Andersons Arm in einer Schlinge lag und daß er gierig trank und das Wasser über sein Kinn und seinen Arm goß.

(Fortsetzung folgt.)

